

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stk Dresden), Liliengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 30 Pfg., für Mitgliederhalften 20 Pfg.

Die verunglückte Mohrenwäsche.

I.

Man kann es sich sehr wohl denken, daß es den Führern der christlichen Gewerkschaften, sofern sie Reichstagsabgeordnete sind, äußerst unangenehm ist, immer wieder an ihre Beteiligung an der sogenannten Reichsfinanzreform erinnert zu werden. Ueberall im Volke, und nicht zum wenigsten in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiter, herrscht die Empfindung vor, daß es ein himmelschreiendes Unrecht ist, den Unterschichten mehrere Millionen neue Steuern auf die ohnehin überlasteten Schultern zu laden und in demselben Augenblicke mit geradezu ängstlicher Sorgfalt die besitzenden Kreise unseres Volkes, zumal die schmerreichen Grundbesitzer, von jeder, auch der geringsten Neubelastung zu bewahren. Und diese Empfindung ist nicht nur in den Arbeiterschichten rege, sondern auch klarsehende Männer aus höheren Schichten, über deren christliche und nationale Gesinnung gar kein Zweifel besteht, haben die gleiche Ueberzeugung und sprechen sie aus.

So hat der katholische Stadtpfarrer Dr. Feurstein aus Donaueschingen, ein Volkswirtschaftler von anerkannter Bedeutung, sich folgendermaßen geäußert: „Die volkswirtschaftliche Tragweite der ganzen Besteuerungsaktion liegt weniger in dem absoluten Steuerdruck auf die unteren Volksteile, als vielmehr in der durch die Schonung der oberen Klassen — und diese ist mit jeder indirekten Besteuerung des Massenkonsums gegeben — bedingten Lastenverschiebung nach unten, die doppelt ungerecht wirkt in dem Zeitpunkt, wo eine enorme Verteuerung aller Lebensmittel eingesezt hat. In derselben Richtung wirkt die Wiederherstellung der Zuckersteuer und die Beibehaltung der Schnapsabgabe, soweit sie den ostelbischen Brennern zugute kommt, und der Getreideeinfuhrsteuer, die nach Abschaffung des Identitätsnachweises ihren Zweck verloren haben, ja geradezu als verfechtete Exportprämie auf Getreide wirken. Ich suche die Gründe für die schlechte Lösung der Finanzreformfrage im agrarischen Egoismus, für den auch der rechte zurzeit maßgebende Flügel des Zentrums Verständnis gezeigt hat, in dem Bestreben, die Finanzreform zu gewissen innerpolitischen Wirkungen auszunutzen und in einer arroganten Unwissenheit in Steuerfragen, die über die Vorstellungen des ersten Vertreters der Steuertheorie, Adolf Wagner in Berlin, einfach zur Tagesordnung überging. Das Reichstagszentrum wird sich auf sein volkstümliches Programm besinnen müssen, oder es wird die moralische Verantwortung dafür übernehmen, daß sich die breite Basis des Volkskörpers nach links verschiebt und den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen die Gefolgschaft gekündigt wird.“ So ist's richtig ausgedrückt: Das Zentrum hat die volksfeindliche Finanzreform im Bunde mit dem unberschämten und unreaktionären Agrariertum durchgesetzt, weil es politische Vorteile dadurch ergattern wollte und weil es von Steuer- und Finanzfragen nichts versteht.

Wo solchergestalt Volksempfinden und Wissenschaft gleichermaßen die ultramontan-agrarische Finanz-Heldentat verurteilen, da wird es den christlichen Arbeiterabgeordneten schwer fallen, sich von dem Vorwurfe zu reinigen, die Sache des Proletariats absichtlich verraten zu haben, wenn man nicht den milderen Umstand geltend machen will, man sei von den einflußreichen Beutepolitikern des Schnapsblocks jämmerlich übers Ohr gehauen worden. Aber da nach einer weitverbreiteten Rechtsanschauung der Versuch nicht strafbar ist, so unternehmen die Giesberts und Konforten neuerdings immer energischer den Versuch, sich weiß zu brennen von dem ihnen gemachten Vorwurf und sich obendrein noch als große weitichtige Sozialpolitiker hin-

zustellen. Sie rechnen hierbei mit dem Umstande, daß die große Masse sich allmählich an die neue Belastung gewöhnt, daß dadurch die ursprüngliche Erregung gemildert wird und der saubere Streich der Herren Führer langsam in Vergessenheit gerät. Diese sozialpsychische Tatsache verleiht ihnen den Mut, oder sagen wir richtiger: die Frechheit, sich als weißgewaschene Selbstenjungfrauen vor der staunenden Mittwelt zu produzieren und ihren gläubigen Schäflein in unehrlichster Weise Sand in die Augen zu streuen.

In dem „Zentrablatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“, das unter der Redaktion von Joh. Giesberts in München-Grabbach erscheint, wird die Mohrenwäsche vorgenommen. Unter Aufbietung einer echt jesuitischen Verdrehungskunst versucht der Verfasser des Leitartikels „Finanzreform und christliche Gewerkschaften“, der Wahrheit Gewalt anzutun und mit der Logik Schindluder zu treiben. Das wird ihm aber unangenehm aufstoßen; denn die deutsche Arbeiterchaft ist glücklicherweise nicht mehr so dumm, um sich von einem beliebigen Drahtzieher blauen Dunst vormachen zu lassen. Und was an uns liegt, so werden wir nicht ruhen und rasten, bis der christliche Volksverrat völlig entlarvt ist und bis auch der letzte Arbeiter einsieht, daß die christlich-nationalen Redensarten weiter keinen Zweck haben, als die Arbeiter für dumm zu verkaufen.

Der Artikelschreiber geht von dem Satz aus, daß die christlichen Gewerkschaften politisch neutral seien — wer's glaubt, bekommt einen Taler! — und daß sie deshalb kein Interesse an politischen Fragen hätten. Diese politische Neutralität sei deshalb notwendig geworden, weil man den Anhängern aller bürgerlichen Parteien die Möglichkeit bieten müsse, sich jenseits der sozialdemokratischen Kampfsgrundsätze gewerkschaftlich zu organisieren und tatkräftig an der Verbesserung ihrer Lage arbeiten zu können, und weil zweitens der Ausschluß politischer Fragen der Bewegung die Möglichkeit gewähre, sich um so ausschließlicher und entschiedener ihrem ureigensten Zwecke, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, zu widmen. Die Frage der günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei die weitaus wichtigste unter den Fragen, die das wirtschaftliche Interesse der Arbeiter berühren, und sie erscheine so wichtig, daß man alles das vermeiden wolle, was die Kraft der Bewegung davon ablenken könne. Diese eigenartige politisch-soziale Stellung, so heißt es weiter, zwingt die christlichen Gewerkschaften zum Verzicht auf die Erörterung mancher Fragen politischer und wirtschaftspolitischer Art, an denen sie sonst unbedingt ein Interesse hätten, und es bedürfe einer großen Disziplin und einer tiefen Erkenntnis des Wesens unsrer christlichen Gewerkschaften, um die strikte politische Neutralität aufrecht erhalten zu können.

Die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften, die hier als Popanz benutzt wird, um eine Kritik der Führer im Reime zu ersticken, ist natürlich der reine Schwindel. Zunächst sind in ihnen nicht Anhänger aller bürgerlichen Parteien vertreten; denn die Arbeiter nationalliberaler, freisinniger oder demokratischer Couleur, die sich ihnen angeschlossen haben, kann man an den fünf Fingern einer Hand abzählen. Das Gros der christlichen Gewerkschaftler besteht eingeständenermaßen aus katholischen Zentrumsarbeitern, wozu dann noch ein verhältnismäßig kleines Häuflein evangelischer Arbeiter christlich-sozial-antisemitischer Schattierung kommt. Wohl steht den Anhängern aller bürgerlichen Parteien der Zutritt offen — wie ja auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften jeden Arbeiter aufnehmen, ohne nach seinem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis zu fragen —, aber es kommen immer nur Arbeiter einer ganz bestimmten Willens- oder Geistesrichtung zu ihnen. Dies erklärt sich

daraus, daß über jeder, auch der neutralsten Vereinigung von Menschen ein gewisser Hauch liegt, eine mehr oder minder klar ausgeprägte Weltanschauung, die ihren bestimmten Charakter verleiht. In diesem Sinne spricht man mit Recht von sozialdemokratischen Gewerkschaften und von diesem Gesichtspunkt aus ist es weiter nichts als eine elende Plunzerlei, wenn die christlichen Gewerkschaften von einer Neutralität reden. Man braucht nur ihre Zeitungen zu lesen, um zu merken, daß in der Praxis die vielgerühmte Neutralität gar nicht existiert.

Gleichertweise ist es ein Schwindel, wenn der Artikelschreiber in deutlich erkennbarer Absicht die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als den „ureigensten Zweck“ der christlichen Gewerkschaften hinstellt, als einen Zweck, dem sich alles andre unterordnen müsse. Wenn dies wahr wäre, so bedürften wir keiner christlichen Gewerkschaftsbewegung; denn die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben heutzutage mit der christlichen Weltanschauung nicht das mindeste zu tun. Gerade die Betonung des Wortes christlich und die fortwährende Hervorhebung des Gegensaßes zur Sozialdemokratie beweist deutlich, daß der eigentliche Zweck der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf ganz anderem Gebiet liegt, als auf dem der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber die Hervorhebung des Neutralitätsstandpunktes geschieht ja nicht ohne Grund. „Das Prinzip der politischen Neutralität“, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“ sehr richtig, „soll die christlichen Gewerkschaften aus aller Kalamität herausreißen. Nun ist das Neutralitätsprinzip für die Gewerkschaften auch nach unsrer Meinung durchaus richtig, aber seine Anwendung auf die Finanzreform scheint uns völlig verfehlt zu sein. Denn die Finanzreform war keineswegs eine rein politische, sie war vielmehr zugleich in hervorragendem Maße eine wirtschaftliche und sozialpolitische Frage, die die Interessen der Arbeiter sehr wohl berührte. Es geht nicht an, daß die christlichen Arbeitervertreter in dieser Frage eine direkt arbeiterfeindliche Politik treiben und dann nachher in ihren Gewerkschaften erklären: „Ihr habt hier nicht dreinzureden, wir verweigern die Ausfage!“ Die Arbeiter können darauf mit Recht erwidern, daß ihre Führer sich in der Frage der Finanzreform unter keinen Umständen hinter das Neutralitätsprinzip verschütten dürften; nicht nur, weil dieses Prinzip die Haltung der Abgeordneten in der Finanzfrage sachlich gar nicht deckt, sondern vor allem auch deshalb, weil die christlichen Arbeitervertreter ja gerade während der Finanzaktion sich gegenüber den politischen Parteien in ein Maß von Abhängigkeit begeben haben, wie es mit dem Neutralitätsprinzip scheinlich nicht vereinbar ist. Und damit kommt man auf den Kern der Sache. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Arbeiterabgeordneten des Zentrums Anhänger der Erbschaftsteuer auf Kinder und Gatten waren und daß sie nachher trotzdem gegen diese Besteuerung gestimmt haben, weil die parteitaktischen Gesichtspunkte des Zentrums ihnen wichtiger waren als alle finanz- und sozialpolitischen Gründe. Sie haben damit deutlich dokumentiert, daß sie bei einem Widerstreit der Parteinteressen des Zentrums und der Arbeiterinteressen sich auf die Seite der Partei und nicht der Arbeiter schlugen, und das ist allerdings eine Stellungnahme, für die sie den Arbeitern Rechenschaft schuldig sind. Man verhöhnt die Arbeiter, wenn man sie ihnen vertweigert.“

Die Rechtfertigungsversuche der Giesberts und Konforten sind in der Tat nichts weiter als eine einzige Verhöhnung der christlichen Schäflein. Das werden wir nachweisen.

Zur Arbeitslage.

Wer die Massen der Arbeitslosen sieht, die Tag für Tag die öffentlichen Arbeitsnachweise belagern, der fragt sich unwillkürlich, ob wir denn mitten im Winter sind, der ja immer große Arbeitslosigkeit im Gefolge hat, oder tatsächlich im Hochsommer, von dem man annimmt, daß er allenthalben flotten Geschäftsgang mit sich bringen soll. Die verfloffenen Monate Juli und August zeigen in bezug auf die Arbeitslage ein ganz trübes Bild, nirgends ist so recht ein flotter Zug hervorgetreten, der einer großen Gruppe andauernde Beschäftigung zusichert. Namentlich aus Süddeutschland sind die Berichte über die Arbeitslage diesmal sehr pessimistisch gestimmt; aus Baden, Württemberg und teilweise auch aus Bayern wird über eine ausgesprochen ungunstige Lage berichtet; dasselbe ist in Westfalen der Fall. Dagegen lauten die Berichte aus der Großhauptstadt Berlin günstiger als in den Vormonaten und im Vergleich zum Vorjahr.

Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ ist eine einheitliche Beurteilung des Arbeitsmarktes für den Monat Juli, für den zahlenmäßige Nachweise vorliegen, unmöglich. In den einzelnen Großindustrien weist der Arbeitsmarkt wenig Änderungen im Vergleich zum Vormonat auf und eine Verschlechterung von erheblicher Bedeutung sei nicht eingetreten. Die ungünstige Beeinflussung des Arbeitsmarktes wird vor allem auf die stille Zeit in einigen Saisongewerben, vor allem im Schneidergewerbe und Handlungsgewerbe, zurückgeführt.

Bei den an das Kaiserlich Statistische Amt berichtenden Kantonsämtern ergab sich am 1. August gegen den 1. Juli eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 12 687 Mitglieder. Im Vorjahr zeigte sich in derselben Zeit eine Abnahme von 22 760 Mitgliedern. Daraus ist zu folgern, daß der Beschäftigungsgrad wenigstens gegen das Vorjahr ein besserer war.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweise, die dem Kaiserlich Statistischen Amt Zahlen zur Verfügung stellen, sind im Monat Juli bei 668 Nachweisen von männlichen Personen rund 254 000 Arbeitsgesuche gestellt worden, denen 131 000 offene Stellen und 108 000 Vermittlungen gegenüberstehen.

Auf rund 51 000 Gesuche von weiblichen Personen entfallen rund 52 000 Stellen und 29 000 Vermittlungen.

Was unsern Beruf betrifft, sind bei den Facharbeitsnachweisen der Bäcker gegen den gleichen Monat des Vorjahres 55 Arbeitsuchende mehr, dagegen aber 244 offene Stellen und 214 besetzte Stellen weniger gebucht worden. Bei den Konditoren war das Verhältnis umgekehrt. Es wurden 43 Arbeitsgesuche weniger, 69 offene und 71 besetzte Stellen mehr gebucht. Bei den Wägern hat sich also die Arbeitslage etwas verschlechtert, bei den Konditoren etwas gebessert. Letzteres ist auch den vorliegenden Spezialberichten zu entnehmen.

So wird aus den Schokoladefabriken fast durchweg von gutem Geschäftsgang berichtet, die Verhältnisse seien gegen den Vormonat erheblich besser.

Bei sämtlichen bestehenden Facharbeitsnachweisen der Bäcker und Konditoren sind im Monat Juli 8735 Arbeitsuchende (Vormonat 8688), 5652 offene Stellen (5557) und 5448 Vermittlungen (5307) gebucht worden. Auf je 100 offene Stellen entfielen 154,4 Arbeitsuchende gegen 155,3 im Vormonat. Nach dieser Ziffer sind sich also die Verhältnisse ziemlich gleich geblieben.

In den einzelnen Staaten bezw. Landesteilen traten aber trotzdem nicht unwesentliche Verschiebungen ein.

Nachstehende Tabelle charakterisiert die Vermittlungstätigkeit der Nachweise in den einzelnen Bezirken.

Staat oder Landesteil	Zahl der			Auf jebe offene Stelle entfallende Arbeitsuchende	
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	im Berichtsmonat	im Vormonat
Ost- und Westpreußen	18	6	5	2,16	—
Berlin	2727	2191	2173	1,24	1,18
Provinz Brandenburg	150	110	102	1,36	1,70
Pommern	141	96	96	1,49	1,53
Posen	99	91	83	1,09	2,41
Schlesien	314	249	239	1,26	1,17
Sachsen	192	139	132	1,38	1,34
Schlesw.-Holst.	132	82	81	4,12	3,34
Hannover	146	101	100	1,44	1,43
Westfalen	477	111	98	4,30	3,85
Hessen-Nassau	54	6	5	9,00	10,71
Rheinland	346	92	83	3,76	4,23
Königreich Bayern	857	404	362	2,12	2,39
Sachsen	925	651	644	1,45	1,53
Württemberg	299	139	124	2,15	1,97
Großherzogtum Baden	709	266	246	2,66	2,42
Hessen	72	56	49	1,29	—
Andre II. Bundesstaaten	84	18	18	1,88	2,85
Hamburg	638	677	677	0,94	1,07
Elßaß-Lothringen	410	217	186	1,93	1,57

Eine prozentuale Abnahme der Arbeitsuchenden im Vergleich zum Vormonat ist zu verzeichnen in Brandenburg, Pommern, Posen, Hessen-Nassau, Rheinland, Bayern, Königreich Sachsen und Hamburg. In der Provinz Hannover gleichen sich Angebot und Nachfrage aus, während eine Zunahme der Arbeitsuchenden in Berlin, Schlesien, Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Württemberg, Bayern und Elßaß-Lothringen eingetreten ist. Inwiefern diese Schwankungen durch örtliche Verhältnisse oder durch den Zug der Reisenden verursacht sind, läßt sich nicht feststellen. Zu einer genauen Feststellung der Ursachen der Schwankungen in der Zahl der Arbeitsuchenden würde es einer präziseren Berichterstattung der Arbeitsnachweise bedürfen, die leider fehlt. Das Mehrangebot von Arbeitskräften gegenüber dem Vormonat in Berlin rührt fast ausschließlich aus dem Zugang von Wägern aus der Provinz her, das ist den vorliegenden Berichten zu entnehmen, die andern Arbeitsnachweise haben sich fast durchweg wieder mit der Angabe ihrer Vermittlungsziffern ohne Kommentar begnügt.

Aus Elßaß-Lothringen.

Die Organisationsverhältnisse in den Reichslanden liegen bei unsern Berufsangehörigen noch sehr im argen. Es wurde von uns schon oftmals im Fachorgan auf die Umstände verwiesen, welche uns ganz besonders in der Aufklärungsarbeit hindern. Kaum in einem andern Landesteil als hier sind so wenig auswärtige Kollegen beschäftigt. Jeder nach Elßaß-Lothringen Reisende sträubt sich, wenn er in die Sitten und Gebräuche der dortigen Produktionsweise eingeweiht ist, in Arbeit zu treten. Wir sehen da als Ursache die komplizierte Arbeitsmethode in den Bäckereien, die Herstellung des Teiges nach dem alten französischen System. Derjenige, der nicht von seiner Jugend auf diese sehr anstrengende Arbeit verrichtet hat, kann unmöglich sich in seinen älteren Tagen hineinleben und an solcher Arbeit Gefallen finden. Das ist jedoch nicht der Hauptgrund, weswegen Nicht-Reichsländer in den schönen Vogesenländern nicht in Arbeit treten, er liegt vielmehr in dem Widerwillen gegen den dort herrschenden Chauvinismus, den Haß der eingeborenen Bevölkerung gegen die Altbekannteren, den wir heute noch in allen wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden und Berufen in derselben Festigkeit wie vor 30 Jahren antreffen.

Die Unternehmer haben frühzeitig eingesehen, es sei nutzlos Bemühen, den Deutschenhaß noch länger fortzusetzen, wenn sie nicht in wirtschaftlicher Beziehung mit bedeutendem finanziellen Schaden rechnen wollten. Das Absatzgebiet ihrer Waren bildete nur zu einem kleinen Teil die Schweiz und Frankreich; Deutschland dagegen war auf dem Vormarsch, diese Länder einzuholen, und auch tatsächlich ist das in sehr kurzer Zeit gelungen, und heute hat es längst die Nachbarn überflügelt. So mußte auch das Unternehmertum seine Segel drehen und dort Freundschaft schließen, wo die Möglichkeit näher lag, die Reichtümer bedeutend vermehren zu können. Der Deutschenhaß machte einem trauten Handhandarbeiten mit den alldutschen Kollegen Platz. Und heute können wir keine Unternehmervereinigung mehr aufzählen, wo nicht Elßässer und Lothringer als Mitglieder dabei sein würden. Wir wollen nur das Unternehmertum unserer Berufe herausgreifen. Da sehen wir in dem Innungsverband der Bäckermeister den elßaß-lothringischen Unterverband bei allen seinen Aktionen vertreten, dort ist der Konditoreibesitzer eingeschriebenes Mitglied der Innung, die wiederum dem alle Gauen umfassenden Innungsverband angehört. Hier hat sich der Zuder- und Schokoladen- sowie Teigwarenfabrikant mit seinen Berufskollegen rechts des Rheines koalitiert, kurz und gut: das gesamte Unternehmertum hat seit langer Zeit Wert und Nutzen der Organisation erkannt. Diese Herren wissen die Bedeutung ihrer Macht in der Vereinigung zu schätzen, und keinem fällt es ein, derselben aus nationalen Gründen den Rücken zu kehren.

Anders ist es bei den in diesen Berufen Beschäftigten. Sie haben nur zu einem kleinen Teil aus dem Verhalten der Arbeitgeber ihre Lehren gezogen. Die Masse ist den chauvinistischen Verheerungen treu geblieben und hört heute noch auf die albernen Redensarten, die ihnen von demselben Unternehmertum eingepaukt werden, welches just das Gegenteil in die Tat um setzt. Der Arbeiter war so kurzfristig, nicht einmal den Zweck zu sehen, welcher das Unternehmertum zu solchem zweideutigen Handeln veranlaßt. Es liegt doch klar auf der Hand, daß der Unternehmer mit seiner Verheugungspolitik bei den Arbeitern einen bestimmten Zweck erreichen will, nämlich den, die Arbeiter von den wirklichen Zuständen abzulenken und ihnen den alldutschen Arbeitsbruder als größten Feind hinzustellen. Leider läßt sich ein großer Teil unserer Elßaß-Lothringer Kollegen vom Unternehmertum ins Schlepptau nehmen und befolgt getreulich die Winke, die von den Arbeitgebern gegeben werden. Die Folge ist, daß die Ausbeuteten in der Betätigung des Deutschenhaßes keine Zeit finden, über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse nachzudenken.

So finden wir in den dortigen Städten Zustände in bezug auf die Lebenshaltung unser Kollegen, die heute wohl nur mehr in den östlichen Provinzen anzutreffen sind. Die Einhaltung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen ist in den meisten Betrieben unbekannt. Der Gehilfe sorgt nicht dafür, daß ihm seine Rechte gewährt werden, und wo kein Kläger, da ist auch kein Richter; es wird weiter gewurstelt. Ebenso trifft das auf die innere Einrichtung in den Betrieben zu. Die meisten Miststände werden heute aus den Reichslanden gemeldet. Mit einem Worte: die Rückständigkeit zeigt sich auf allen Gebieten. Der Unternehmer dagegen hat von seinen deutschen Kollegen allmählich auch in bezug auf die technische Einrichtung in den Betrieben gelernt, und es sind jetzt viele bemüht, die Errungenschaften der Technik für sich auszunutzen. Unsere letzte Statistik gibt uns hierüber Aufschluß. Nach dem Jahrbuch 1908 wurden in den Elßässer Verbandsorten bereits 49 Knetmaschinen gezählt, vor wenigen Jahren konnte man aber noch allgemein in die Ansicht hören, daß sich die Knetmaschine für die dortige Ware nicht eigne. Diese Voreingenommenheit ist demnach schon recht gründlich geschwunden.

Daraus haben jedoch unsere Kollegen keine Nutzenwendungen gezogen, sondern sie blieben in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf dem gleichen Fleck stehen. Dant ihrer Gleichgültigkeit war es den Arbeitgebern ein leichtes, altmodische Verhältnisse bis auf den heutigen Tag zu erhalten. Wenn es auf die Organisation anläme, d. h. wenn die Kollegen den Weg in die Organisation gefunden hätten, dann würden längst eine ganze Reihe der Neuzeit hohnsprechende Zustände beseitigt sein.

Trotz der großen Schwierigkeiten, die der Organisation seitens der Unternehmer wie der Kollegenschaft in den Weg gelegt werden, ist es uns aber in der letzten Zeit doch gelungen, dort Bresche zu legen. Mit den Konsumvereinen in Straßburg, Mühlhausen, Colmar und Grafenstaaden, welche eigne Bäckereibetriebe haben, wurde der allgemeine Genossenschaftsstarif abgeschlossen. In diesen Betrieben arbeiten insgesamt 22 Gehilfen. Bedeutende Verbesserungen der Arbeitszeit, Lohnverhältnisse usw. werden erzielt. Es ist freilich erst ein kleiner Anfang, für die Gesamtzahl der Beschäftigten nur ein kleiner Bruchteil, aber die Bahn ist beschritten, auf welcher durch Mithilfe der in den tariftreuen Betrieben beschäftigten Kollegen größere Erfolge errungen werden müssen. Der

Beweis konnte nicht besser erbracht werden, als durch den Tarifabschluß in den Konsumbäckereien, daß der Verband nur allein bestrebt ist, die Lebenshaltung der Gehilfenschaft zu verbessern. Alle Versuche der Unternehmer, Mißtrauen unter den Gehilfen gegen die Organisation zu säen, müssen verunmündet in Anbetracht der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumbäckereien.

Der Bund meißertreuer Gehilfen in den Reichslanden, der nach früheren Darstellungen recht viel für die Gehilfenschaft erreichen wollte, von dem jedoch in der letzten Zeit kein Sterbenswörtchen mehr zu hören ist, hat trotz der Protektion seitens der Innungen natürlich nicht das geringste für die Kollegen getan. Vielmehr ist er bestrebt, dem Unternehmertum in der weitgehendsten Weise Erbsantendienste zu leisten, es in der Verheugungspolitik zu unterstützen und in erster Linie zu sorgen, daß die Einigkeit der Gehilfen überhaupt nicht zustande kommt. Wenn die Leithammel des Bundes nur einige Minuten ehrlieh sein wollten, so müßten sie ohne weiteres zugeben, daß es eine törichte Redensart war und ist, wenn sie die Behauptung aufstellen, die Organisation wolle das Kleingewerbe ruinieren, und die Großbetriebe, vornehmlich die Konsum- und Genossenschaftsbäckereien, unterstützen. Leider gehen auf solches alberne Gefasel die Gehilfen ein und machen sich nicht die geringste Mühe, nachzuforschen, ob daran auch etwas Wahres ist.

Unsre Verbandskollegen werden nicht versäumen — ganz besonders ist es aber unbedingt Pflicht aller in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien Beschäftigten — in der Aufklärungsarbeit ihren Mann zu stellen. Mit den Errungenschaften durch die Organisation ist eine Fülle von Agitationsstoff vorhanden. Der muß hinausgetragen werden in alle Orte, zu allen Kollegen. Geschieht das, so wird es uns bald gelingen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch in den Privatbetrieben tariflich zu regeln. Und hierbei müssen sich die Kollegen in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien eben als Pioniere zeigen und mit Feuereifer den Kampf um unsre gerechte Sache führen, damit recht bald auch die Kollegen bei den Unternehmern aus ihren Fesseln befreit werden!

Die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern nach den Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Nach den jetzt veröffentlichten Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für Preußen hat die Zahl der im Berichtsjahre (1908) in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Kinder im allgemeinen um 587 abgenommen, dagegen ist die Zahl der in den genannten Betrieben tätigen Jugendlichen um 273 gestiegen.

Wenn auch diese Zunahme eine geringe gegenüber der nach dem Bericht für 1907 genannt werden muß, der eine Mehrbeschäftigung Jugendlicher um 8792 gegenüber dem Vorjahre aufweist, so muß sie doch in einer Zeit, in der die Zahl der insgesamt in den gleichen Betrieben tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen um 49 872 zurückgegangen ist, auffallen. Der Bericht für 1907 konnte noch von einer Zunahme der in den Gewerbeaufsichts unterstehenden Betrieben beschäftigten erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen von 73 819 berichten.

Diese Zahlen geben ein deutliches Spiegelbild von dem Rückgang der Konjunktur im Jahre 1908 mit ihren für die Arbeiterschaft so überaus traurigen Folgen. Wenn trotz der geschilderten Wenigerbeschäftigung erwachsener Arbeiter und Arbeiterinnen eine Zunahme der Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter zu konstatieren ist, so ist das ein Beweis für das Bestreben des Unternehmertums, die Zeiten schlechter Konjunktur und bezweigen geringerer Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft zur Ausschaltung der teureren und Elßaß durch billigere Arbeitskräfte auszunutzen. Dies bestätigt auch der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Cassel, wo die Zahl der beschäftigten Jugendlichen gegenüber dem Vorjahre gestiegen ist, indem er an einer Stelle seines Berichts sagt: „Wenn auch diese Vermehrung (nämlich die Mehrbeschäftigung Jugendlicher) zum Teil als die natürliche Folge der schon angeführten Inbetriebnahme neuer Anlagen anzusehen ist, so wird durch sie auf der andern Seite aufs neue bestätigt, daß die Industrie in Zeiten schlechten Geschäftsganges dazu neigt, in vermehrter Zahl junge Leute anzustellen.“

Die Abnahme der Zahl beschäftigter Kinder in Fabriken ist neben der Aufmerksamkeit, die die organisierte Arbeiterschaft der Durchführung der zum Schutze der Kinder erlassenen Bestimmungen widmet, auch auf das erfreuliche Zusammenwirken von Schule und Gewerbeaufsicht in dieser Frage zurückzuführen. So ist z. B. im Regierungsbezirk Düsseldorf in mehreren Fällen auf Antrag der Lehrer den Kindern die Arbeitslast entzogen worden, wenn die Aufmerksamkeit in der Schule oder die Anfertigung der häuslichen Schulaufgaben unter der Erwerbsarbeit der Kinder litt. Auch die Berichte der Beamten anderer Bezirke weisen auf die Anteilnahme der Schule bei der Durchführung der zum Schutze der Kinder geschaffenen Bestimmungen hin. Trotzdem das Kinderschutzgesetz schon seit dem Jahre 1904 in Wirksamkeit getreten ist, müssen aber sämtliche Beamten noch eine verhältnismäßig große Anzahl Übertretungen der Bestimmungen konstatieren. Auch über die Häufigkeit der Nichtbeachtung von Kinderschutzbestimmungen wird Klage geführt. Den Unternehmern fällt es eben nicht ein, ohne weiteres auf die billigere Arbeitskraft zu verzichten. Sie zahlen lieber die ihnen auferlegte Strafe, die übrigens in den meisten Fällen so lächerlich gering ist, daß trotzdem die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Kinder für die Unternehmer immer noch erhöhten Profit bedeutet.

So wurde z. B. ein Bäckermeister zu M 60 Strafe verurteilt, der einen noch nicht 15 Jahre alten Lehrling an drei Tagen in der Woche je 1 1/2 Stunden und an den andern drei Tagen je 1 1/2 Stunden beschäftigt hatte. Sonntags endete die Arbeit erst um 12 Uhr und mußte schon um 10 1/2 Uhr abends wieder aufgenommen werden. Ein Arbeitgeber, der jugendliche Arbeiter 11 Stunden täglich in Kiesgruben und Biegeleien beschäftigt hatte, zahlte M 8 Strafe, M 20 Geldstrafe erhielt ein Müller, der einen jugendlichen Arbeiter des Nachts beschäftigte. In drei Glashütten des Bezirks Minden wurden noch nicht dreizehnjährige schulentlassene Knaben vor den Ofen in

regelmäßiger Tag- und Nachtschicht beschäftigt. Zwei Gürtelbesitzer erhielten je M 30 und ein Gürtelbesitzer M 6 Strafe. Ein Ziegeleibesitzer des Arnberger Bezirks, der einen jugendlichen Arbeiter im Brennofen zum Transportieren von Steinen verwandte, zahlte M 20 Strafe.

Eigentümlich berührt eine Aeußerung des Gewerbeaufsichtsbeamten für Hildesheim, daß die Erklärung der Arbeitgeber, sie wollten durch die längere Beschäftigung und den dadurch bedingten Mehrerwerb den jugendlichen eine Wohltat erweisen, strafmildernd gewirkt habe. So sei z. B. in dem Urteil, das einem Ziegeleibesitzer wegen Beschäftigung jugendlicher bis zu 11 und 1 1/2 Stunden eine Strafe von je M 5 auferlegte, ausdrücklich auf die gute Absicht des Arbeitgebers hingewiesen worden.

Wenn in dieser Weise die Gerichte zugunsten der Ausbeuter der jugendlichen Arbeitskräfte Stellung nehmen, darf man sich nicht wundern, daß alljährlich noch eine große Anzahl von Uebertretungen festgestellt werden muß.

Der Besitzer einer Werkzeugfabrik im Arnberger Bezirk, der sich trotz zweimaliger Bestrafung wegen Nichtbeachtung der Jugendschutzbestimmungen doch an die Vorschriften nicht hielt, erhielt eine Strafe von M 50. Der Beamte für Arnberg berichtet ferner, daß in der Kleinindustrie die Fabrikbesitzer durch Agenten jugendliche Arbeiter (meist Waisen oder Halbwaisen) aus Berlin und den Provinzen Ost- und Westpreußen besorgen lassen, die neben der Arbeit in Fabriken und Werkstätten noch durch Beschäftigung im Hause und in der Landwirtschaft übermäßig ausgenutzt werden.

In einigen Fällen mußte auch auf Einschreiten der Gewerbeaufsichtsbeamten die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gänzlich verboten werden. So in einer Erbsenmühle, in der als einziger Arbeiter ein jugendlicher anzutreffen war. In einer Tischlerei des Königsberger Bezirks wurde ein jugendlicher zum Andrehen des Gasmotors verwandt. In demselben Bericht war auch die alleinige Wartung eines Dampffessels einem jugendlichen Arbeiter übertragen. Beide Beschäftigungsarten wurden untersagt.

Würde die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht eine so kleine sein, so daß mehr Revisionen vorgenommen werden könnten, so würde sich ergeben, daß die Zahl der Verfehlungen noch bedeutend höher ist, als jetzt schon festgestellt werden konnte.

Die gleiche milde Beurteilung seitens der Gerichte, wie bei Uebertretungen der Jugendschutzbestimmungen, findet man auch bei Verstößen gegen das Kinderschutzgesetz. Hier kommen sogar häufig Freisprechungen vor, weil die Unternehmer erklären, von der Beschäftigung der Kinder nichts gewußt oder den Eltern die Beschäftigung der Kinder untersagt zu haben. So wurde z. B. aus dem erstgenannten Grunde der Besitzer einer Lumpensortiererei freigesprochen, in dessen Betriebe ein schulpflichtiges Mädchen tätig war. Das gleiche Schicksal teilte der Besitzer einer Brauerei, in der der schulpflichtige Sohn des Hausmannes Sonntags beim Waschen von Treberfäden angetroffen wurde. Weber der Brauereibesitzer noch der Vater des Jungen wollten diesem den Auftrag zur Arbeit gegeben haben. Mit Freispruch endete ferner das auf Antrag des Gewerbeaufsichtsbeamten von Cassel eingeleitete Strafverfahren gegen einen Ziegeleibesitzer, in dessen Betriebe zwei schulpflichtige Knaben bei der Arbeit angetroffen wurden. Das Gericht nahm an, die Kinder hätten ihrem Vater und Bruder „nur zu ihrem Vergnügen“ Handreichungen gemacht.

In unglaublicher Rücksichtslosigkeit wird übrigens manchmal die Gesundheit der Kinder durch Heranziehung zur Erwerbsarbeit untergeben. So wird z. B. aus dem Bezirk Frankfurt a. M. berichtet, daß ein Glasmacher seinen schulpflichtigen Jungen mit Füllen der Wassertröge vor dem Ofen beschäftigt hatte. Sogar nachts soll das Kind die Beschäftigung ausgeübt haben. Der Glashüttenbesitzer und sein Betriebsleiter wollen verschiedentlich dem Vater die Beschäftigung untersagt haben. Sie erhielten beide je M 5 Geldstrafe auferlegt.

Im Frankfurter Bezirk erklärten mehrfach die auf Ziegeleien arbeitenden Eltern, sie müßten ihre Kinder zur Arbeitsstelle kommen lassen, um eine Aufsichtsmöglichkeit zu haben. Die Kinder halfen ihnen dann bei der Arbeit. Zwei Fälle werden erwähnt, in denen den Eltern die Beschäftigung der Kinder untersagt worden ist. Eine Fabrikleitung in Bromberg hat den bei ihr beschäftigten Arbeitern verboten, sich von ihren Kindern das Essen zur Arbeitsstelle bringen zu lassen, weil die Kinder dann in der Fabrik blieben und von den Eltern zur Hilfeleistung herangezogen worden sind. Ein großer Teil der Uebertretungen rekrutiert sich auch aus der Beschäftigung von Kindern beim Austragen von Backwaren und Zeitungen.

Die meisten Fälle von ungesetzlicher Kinderbeschäftigung weist natürlich die Hausindustrie auf. Die Gewerbeaufsichtsbeamten machen aber ausdrücklich auf die Schwierigkeiten aufmerksam, bei dieser Art der Beschäftigung Verstöße festzustellen. Namentlich bei der Beschäftigung eigener Kinder sei dies der Fall und in kinderreichen Familien nahezu unmöglich.

Charakteristisch ist, daß neben der Beschäftigung in der Hausindustrie, einem Erwerbszweig, in dem seit jeher die Kinder ausbeutung zu Hause war, Fälle von ungesetzlicher Kinderbeschäftigung meist in den Betriebszweigen anzutreffen sind, wo die Arbeiterorganisation noch wenig Eingang gefunden hat. Neben dem sanften Druck von oben, der eine schulpflichtige Arbeiterklasse allem gefügig macht, ist es auch die Unempfindlichkeit gegen alles Schädigende im Arbeitsverhältnis, die eine unaufgeklärte, unorganisierte und deshalb unter den schlechtesten Verhältnissen stumpf dahinlebende Arbeiterklasse auch dem gesundheitschädigenden Einwirken der Erwerbsarbeit auf den kindlichen Organismus gegenüber gleichgültig sein läßt. Es kann nämlich häufig von einer nennenswerten Beihilfe zum Verdienst der Eltern durch die Beschäftigung von Kindern gar nicht die Rede sein.

So erhielt z. B. ein Knabe in einer Ziegelei für das Umkehren von je 1000 Steinen 5 J. Ein zehnjähriger Junge bekam für eine täglich sechsstündige Arbeitszeit pro Woche 50 J. Einem andern schulpflichtigen Knaben bezahlte man für die während der Schulferien von morgens 8 bis abends 6 Uhr ausgeübte Tätigkeit in einer Temperiererei insgesamt M 3,60. Der Besitzer des Betriebes zahlte M 10 Strafe. Es wäre wirklich interessant, zu erfahren, wieviel er nach Abzug der Strafe noch an der Beschäftigung des Knaben verdient hat.

Wenn man berücksichtigt, daß für andauernd und anstrengend beschäftigte Kinder bezüglich der Ernährung erhöhte Aufwendungen nötig sind, so wird man als denjenigen, der Vorteil aus der kindlichen Erwerbstätigkeit hat, nur den Unternehmer bezeichnen können.

Neben der gesundheitlichen Schädigung, die den Kindern durch die Erwerbsarbeit erwächst, kommt hinzu, daß die Kinderbeschäftigung häufig auch moralisch schädigend wirkt. Oftmals nämlich werden die Kinder angehalten, unwahre Angaben über ihr Alter und ihre Beschäftigung zu machen. So ist die kindliche Erwerbstätigkeit also auch ein Anlaß, die Kinder zu Lügern heranzubilden.

Den besten Schutz gegen Jugend- und Kinderausbeutung bietet doch eine gut organisierte Arbeiterklasse. Die fortschreitende Organisationsentwicklung und die damit Hand in Hand gehende Aufklärung innerhalb der Arbeiterschaft wird es dahin bringen, daß der Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft gesteuert wird und das traurige Kapitel der Kinderbeschäftigung aus Not und aus Unkenntnis mit der Zeit mehr und mehr verschwindet.

Sechste Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

Paris, 2. September.

F. G. K. Die sechste Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die vom 30. August bis 1. September in Paris tagte, fand außerordentlicher Beteiligung statt und auch ihre Verhandlungen waren umfangreicher und lebhafter als sonst. Vertreten waren von den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen: England, Frankreich, Niederlande, Belgien, Dänemark, Norwegen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Kroatien, Schweiz, Italien, Spanien. Unschuldig fehlten: Schweden, Serbien und Bulgarien, unentschuldig Finnland. Außerdem waren der Präsident der Amerikan Federation of Labour, S. Gompers, ein Vertreter der noch nicht angeschlossenen rumänischen Landeszentrale und ein Vertreter einer zweiten nicht angeschlossenen Landeszentrale in Bulgarien als Gäste anwesend.

Aus dem Bericht des internationalen Sekretärs, Genossen Legien, entnehmen wir, daß zurzeit 17 Landeszentralen mit 4 246 000 Mitgliedern dem internationalen Sekretariat angeschlossen sind. An erster Stelle steht Deutschland mit 1 881 000 Mitgliedern. Dann folgen England (695 000), Oesterreich (480 000), Frankreich (380 000 — nach den auf der Konferenz gemachten Angaben, wodurch die Schlussfolgerung um 60 000 erhöht), Italien (260 000), Schweden (170 000), Ungarn (180 000), Dänemark (96 000), Belgien (67 000), Schweiz (50 000), Norwegen (46 000), Niederlande (37 000), Spanien (34 000), Finnland (25 000), Kroatien (8000), Serbien (5400) und Bulgarien (1500). Diese Zahlen richten sich nach den geleisteten Beiträgen und stimmen mit den in den Einzelberichten angegebenen nicht immer überein. Sie zeigen jedoch, heißt es in dem Bericht des internationalen Sekretärs, daß die Gewerkschaften auch in den Ländern, in welchen ein Mitgliederverlust eingetreten ist, nicht zu sehr unter einer allgemein schwerer wirtschaftlichen Krise gelitten haben. Ein Beweis dafür, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren nicht nur eine bedeutende Ausdehnung erfahren haben, sondern auch ihr innerer Ausbau erfolgt ist.

An den Bericht selbst knüpfte sich eine lebhafte Auseinandersetzung mit dem Präsidenten der A. F. L., S. Gompers, der den internationalen Sekretär in den Glauben versetzt hatte, er käme als Delegierter, um den Anschluß der A. F. L. an das Sekretariat zu vollziehen. Das Mandat Gompers gab ihm jedoch nur den Auftrag, der Konferenz beizuwohnen. Gompers wich der Frage Bediens, ob er den Anschluß seiner Organisation zu vollziehen käme, aus und hielt eine lange Rede, die wenig enthielt. Hueber-Oesterreich kritisierte das Verhalten Gompers, der vier Jahre mit dem internationalen Sekretär korrespondiert habe und immer noch nicht wisse, ob er sich der gewerkschaftlichen Internationale anschließen solle, wie überhaupt die Abschließung der Amerikaner vor der Verbindung mit den europäischen Gewerkschaften, sehr scharf. In seiner Erwiderung stellte Gompers den Anschluß als wahrscheinlich hin und in seiner Abschiedsrede schließlich als zweifellos. Offenlich trifft das auch ein.

Sinen ungemein lebhaften und ausgebeuteten Verlauf nahmen die Verhandlungen über den Antrag der französischen Konföderation auf Einberufung internationaler Arbeiterkongresse. Seit dem Jahre 1896 nehmen die französischen Gewerkschaften nicht mehr an den internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongressen teil. Durch dieerspaltung in der französischen Partei von dieser losgetrennt und durch den Millerandismus in Gegensatz zu ihr gebracht, sind die französischen Gewerkschaften immer mehr unter die Leitung der Anarchosyndikalisten gekommen. Sie lehnen jede Verständigung mit der Partei ab, der sie das Recht bestreiten, eine Arbeiterpartei zu sein. Sie geben weiter vor, keine Politik zu treiben und wollen die Befreiung der Arbeiterklasse allein auf ökonomischem Wege verfolgen; da aber die Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht nur in der Fabrik, sondern im gesamten Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt, ist es unermesslich, daß die angeblich un- oder antipolitischen Syndikalisten mehr Politik treiben als sonst eine Gewerkschaftsbewegung, eben weil sie eine politische Vertretung der Arbeiterklasse nicht anerkennen. Sie haben deshalb auch das natürliche Bedürfnis, internationale Politik zu treiben. Und da sie den internationalen Kongressen fernbleiben, wollen sie internationale „Gewerkschaftskongresse“. Auf eigene Faust haben sie bereits 1900 einen misslungenen Versuch gemacht und auf der Stuttgarter Konferenz (1902) einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Nachdem sie zwei Konferenzen ferngelassen sind, haben sie nun erneut ihren Antrag gestellt. Der Versuch, die anarchosyndikalistische Taktik international zu verpflanzen und die Gewerkschaften aller Länder in Gegenwart der Partei zu bringen, ist jedoch von allen Gewerkschaftsvertretern einmütig zurückgewiesen worden.

Daneben hat die Konferenz eine Reihe sehr nützlicher Beschlüsse gefaßt. Auf Antrag von Norwegen wurde beschlossen, die Statuten der Landesorganisationen nach einheitlichen Bestimmungen aufzunehmen, desgleichen auf Antrag Deutschlands die Streitstatuten. Zur Verhinderung der Importierung von Streikbrechern, wie überhaupt der Zuzugung von Arbeitern in Zeiten wirtschaftlicher Depression oder bei großen Lohnbewegungen soll der Informationsdienst des internationalen Sekretärs besser ausgebaut werden, wozu dieser autorisiert wurde, eine eigene Hilfskraft anzustellen. Zur Beseitigung des preussischen Legitimationskartenzwanges wird in allen Ländern eine geeignete

Mittel eingeletzt werden. Ein Antrag Dänemarks, die dänischen Gewerkschaften bei einer geplanten allgemeinen Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit zu unterstützen, wurde dem internationalen Sekretariat zur Prüfung überwiesen. Ebenso wurden ein amerikanischer und ein belgischer Antrag auf Gründung einer „Internationalen Arbeitsüberwachung“, begründet auf den nationalen, unabhängigen, jedoch solidarischen Landesorganisationen, den Organisationen zum Studium überwiesen. Der Antrag ist gewerkschaftliche Zukunftsmusik. Schließlich wurde noch ein belgischer Antrag, auf eine gesetzliche Regelung der Seimarbeit hinzuwirken, angenommen. Die nächste Konferenz findet 1911 in Budapest statt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Differenzen mit der Kochschen Brotfabrik in Deynhausen. Die Vertrauensleute der Organisation in der Kochschen Brotfabrik wurden kürzlich gemahregelt, weil sie wagten, gegen die Gesetzesübertretungen anzukämpfen. Jetzt beschäftigt Herr Koch auch seinen Nachtwächter als Bäckergehilfen, der das „Echte Deynhausener Brot“ herstellen muß. Aber immer noch kann Herr Koch sich nicht daran gewöhnen, die gesetzliche Arbeitszeit einzuhalten, so wurde erst wieder an zwei Sonntagen, 8. Aug. und 29. Aug., die gesetzliche Arbeitszeit übertreten. Um aber vor Strafe gesichert zu sein, geht Herr Koch zu seinen Leuten und läßt sie einen Revers unterzeichnen, nach dem die Arbeiter bestätigen, daß sie nicht über die Zeit gearbeitet haben. Die Bäckergehilfen sind also gezwungen, die Unwahrheit zu unterschreiben. Zum Danke dafür bringt Herr Koch seinen Leuten ein Sonntagabläßchen mit aus der Kirche.

Er versucht jetzt, den Abnehmern weiszumachen, daß die beiden gemahregelten Bäckergehilfen auf Verlangen der übrigen Bäckergehilfen entlassen worden wären. Dies entspricht aber nicht der Wahrheit! Die Leute sind nur wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen worden. Alles Vorstelligerwerden der Verbandsleitung sowohl wie die Vermittlungsversuche des Deynhausener Gewerkschaftskartells weist Herr Koch zurück. So wurde Herr Koch wiederum am 28. August 1909 von den zuständigen Organisationen ersucht, über die Wiederanstellung des einen Bäckergehilfen, da der andre bereits wieder untergebracht ist, zu unterhandeln; hierauf hat Herr Koch bis heute noch keine Antwort gegeben. Da es uns nicht möglich ist, mit Herrn Koch, dem Fabrikanten des „Echten Deynhausener Brotes“, über die inneren Einrichtungen des Betriebes zu verhandeln, so muß durch die Presse mit ihm gesprochen werden, damit das konsumierende Publikum vor allzu großen Schweinereien geschützt wird. Wir unterbreiten somit Herrn Koch den Wunsch, daß er für die Bäckerei ein paar neue Wasserbehälter, die zum Brotabstreichen benutzt werden, anschaffen möge, denn heute werden die Fußbeimer, mit welchen die Fußböden des frischgebackenen Brotes verwaschen werden, zum Abstreichen des frischgebackenen Brotes verwandt. Man weiß ja nicht, ob dies zur Herstellung des „Echten Deynhausener Brotes“ gehört, appetitlich ist es nicht.

Die Konjunktur des Kochschen Brotes haben es sich natürlich nicht ohne weiteres gefallen lassen, daß der Herr Arbeiter das Koalitionsrecht rauben will. Im Gegenteil, die organisierte Arbeiterklasse unterstützt den Kampf unserer Kollegen und bezieht ihren Bedarf deshalb von andern Stellen. Und sie gedenkt dies so lange zu tun, bis die Differenzen beigelegt und die Mißstände beseitigt sind.

Bäckerei-Mißstände.

Kost und Logis in Mannheim. Trozdem seit 1905 in Mannheim der Kostzwang beseitigt ist, können verschiedene Innungsangehörigen sich noch nicht dazu bequemem, die Kost herauszubehalten. Dieses Festhalten an den alten Zuständen kann man nur begreiflich finden, wenn man weiß, daß es Bäckermeister gibt, die selbst vor dem Gewerbegericht erklären, daß Kost und Logis pro Tag nicht mehr als M 1 wert ist. Von welcher Beschaffenheit diese Kost dann bei den heutigen Lebensmittelpreisen sein kann, versteht sich am Rand. Daselbe gilt von Logis.

Während für Privatlogis von der Ortspolizei ellenlange Vorschriften und Verordnungen erlassen werden, die in jedem Schlafraum auszuführen sind, scheinen diese für ein Bäckerlogis keine Gültigkeit zu haben, denn sonst wäre es nicht möglich, daß bereits die Hälfte der Logis über dem Backofen untergebracht ist, so daß sich im Sommer eine Temperatur entwickelt, bei welcher an gesunden, kräftigen Schlaf nicht zu denken ist. Daselbe trifft auch zu beim Bäckermeister Friedrich Sinn, T. 2, 6, wo das Logis noch neben dem Schweinestall untergebracht ist.

Aber damit noch nicht zufrieden, so suchte dieser Herr auch einem Gehilfen, der das Arbeitsverhältnis löst, noch das Krankengeld für die ganze Beschäftigungsdauer in Abzug bringen. Da von den Mannheimer Kollegen sich keiner nach den Fleischstücken des Herrn Sinn (die mit Kartoffeln gefüllt sind) sehnt, so ersucht er seinen jeweiligen Gehilfen, so lange zu bleiben, bis er wieder einen Dummen hat.

Die Erfahrung hat uns in Mannheim gelehrt, daß höchstens noch die jungen Kollegen, die frisch zugereist kommen, und von nichts unterrichtet sind, sich dazu gebrauchen lassen, die Kost im Hause zu nehmen, und auch nur solange, bis sie wissen, was ihr Recht ist. Die noch übrigen sind Kriecher und charakterlose Schmarozker, die sich durch Schädigung ihrer Kollegen beliebt machen wollen.

In den letzten Tagen hat sich noch eine ganz besondere Art Kollegen bemerkbar gemacht. Die Bäckergehilfen Friedrich Pfeifer, nahe an 30 Jahre alt, und Ignaz Holz, Bögling des Gesellenvereins (beim Bäckermeister Friedrich Röhm, U. 6, 30), glauben, den Wert ihrer Erziehung in sittlicher Beziehung dadurch bekunden zu müssen, daß sie den schlafenden Kollegen die Geschlechtssteile mit Linte anstreichen. Sie wollen jedenfalls einmal mit den Gerichten Bekanntschaft machen.

Brügelnde Bäckermeister. Vor kurzem wurden eines abends 11 Uhr die Bewohner des Hauses Cäcilienstraße 35 in Leipzig-Connewitz durch herzzerschneidendes Schreien und Jammern aus dem Schlafe geschreckt. Der Bäckermeister Oskar Lindner erprobte praktisch seine Erziehungsmethode an einem Lehrling. Eines geringen Vergehens wegen verprügelte der Meister den Jungen derart, daß sich dieser in ärztliche Behandlung begeben mußte. Etwa

30 blutunterlaufene Striemen, teilweise fingerbreit, hatte der Junge, wie das ärztliche Attest besagt, dabongetragen. Bei einer solchen Behandlung verspürte der Lehrling selbstverständlich keine Lust, in dem Baderelaborado weiter zu arbeiten, zumal er befürchtete, noch einmal Prügel in verbesserter Auflage zu erhalten. Er wendete sich an unsere dortige Verwaltung und bat diese, den Meister zu bewegen, daß er die noch bei ihm befindlichen Sachen herausgäbe. Der Meister jedoch erklärte dem vorstehenden Verbandsvorstand kategorisch: "Die Sachen bleiben hier!" Nicht einmal einen Anzug gab er heraus, wodurch der Junge gezwungen ist, im mehrlaufenden Arbeitsanzug herumzulaufen.

Nach dem Vorgefallenen und was sonst noch über Herrn Bindner bekannt ist, scheint derselbe besonders dazu qualifiziert, den armen Lehrlingen die Lust an dem "geheiligten, von den Vätern ererbten Beruf" völlig auszublenen. Noch ist man über die Behandlung dieses Lehrlings erregt, als schon wieder eine ähnliche Erziehungsart des Badermeisters Georg Winkler, Leipzig, Eisenbahnstraße 14, bekannt wird. Der Lehrling wurde dort ebenfalls von seinem liebevollen Meister dermaßen verprügelt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Es waren sogar die Stockschläge im Nacken aufgeplatzt und mußten vom Arzt verbunden werden.

In beiden Fällen hat aber auch die Innungs-Krankenkasse Arzt und Apotheke zu bezahlen. Wir möchten uns nun doch die selbstverständliche Anfrage erlauben, wie sich dazu der Vorstand der Innungs-Krankenkasse stellt, da doch bei derartigen Fällen auch die Gesellen mit ihren Beiträgen zur Krankenkasse die Leidtragenden sind. Oder ist gerade wegen solcher Fälle die Innungs-Krankenkasse notwendig? U. U. w. g.

Allgemeine Rundschau.

Reichstagsersatzwahl im 19. sächsischen Wahlkreis. Am 7. September fand die durch den Tod des Genossen Goldstein nötig gewordene Ersatzwahl statt. Es wurden abgegeben für Vorwerk, Kandidat der vereinigten Ordnungsparteien, 9436, für Schöpflin, Sozialdemokrat, 21 160 Stimmen. Das Ergebnis ist ein ganz besonders glänzendes. Die Sozialdemokratie hat gegen die Wahl von 1907 um rund 1200 Stimmen zugenommen. Dagegen haben die vereinigten Bürgerlichen um mehr als 5000 Stimmen verloren. Eine derbe Quittung für die Reichsfinanzreform.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Leipzig 1909. Trotz der schweren wirtschaftlichen Depression hat die Parteiorganisation erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist von 557 878 auf 571 050 und die der weiblichen Mitglieder von 29 458 auf 62 259 gestiegen. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 633 809. Das ist eine Zunahme von 45 973 Mitgliedern oder von 7,8 pZt. gegen 10,7 pZt. im Vorjahre.

Die Zahl der Wahlkreise, in denen die Partei noch keine Organisation besitzt, ist von 31 auf 20 zurückgegangen. Mit 11 Wahlkreisen hat die Partei noch keine Verbindung.

Die Stärke der Wahlkreisorganisationen ergibt sich aus folgender Aufstellung. Es haben Mitglieder: 77 Wahlkreise unter 100, 42 100 bis 200, 22 200 bis 300, 28 300 bis 400, 14 400 bis 500, 13 500 bis 600, 12 600 bis 700, 12 700 bis 800, 16 800 bis 900, 8 900 bis 1000, 27 1000 bis 1500, 25 1500 bis 2000, 23 2000 bis 3000, 22 3000 bis 4000, 6 4000 bis 5000, 9 5000 bis 6000, 3 6000 bis 7000, 2 7000 bis 8000, 2 8000 bis 9000, 2 9000 bis 10000, 2 10000 bis 11000, 3 11000 bis 12000, 1 14000 bis 15000, 1 15000 bis 16000, 1 19000 bis 20000, 1 22000 bis 23000, 1 23000 bis 24000, 1 24000 bis 25000, 1 26000 bis 27000.

Abgesehen von einigen kleinen Agitationsbezirken, sind jetzt in allen Bezirken Sekretäre angestellt. Die Zahl der Bezirkssekretäre beträgt 43. Die Zahl der Kreissekretäre ist von 41 auf 62 gestiegen.

Jugendauschüsse bestehen an 311, Bildungsausschüsse an 281 und Kinderjugendkommissionen an 69 Orten.

So erfreulich diese Mitgliederzunahme der sozialdemokratischen Parteiorganisationen auch ist, so viel läßt sie im Hinblick auf die großen vorhandenen Arbeitermassen noch zu wünschen übrig. Und wir fragen: Wie viele unserer Kollegen und Kolleginnen stehen der Partei als müßige — mitunter auch nörgelnde — Zuschauer gegenüber? Aber warum? Meist nur aus Lässigkeit, besser gesagt: aus Denkfaulheit! Der letzte Steuerraubzug, dessen Wirkungen nunmehr täglich fühlbarer werden, schreiet jedoch hoffentlich auch unsere Kollegenschaft in dieser Hinsicht aus dem Schlafe und erinnert sie an ihre Pflichten!

Wiederaufnahmeverfahren im Meineidsprozeß

Schröder. Auf das Zeugnis des Gendarmen Winter hin ist vor 14 Jahren vom Schwurgericht in Essen der Genosse Ludwig Schröder mit noch einigen weiteren Angeklagten wegen Meineids zu Zuchthausstrafe verurteilt worden. Es drehte sich darum, daß der Gendarm bei der Auflösung einer Bergarbeiterversammlung dem Genossen Schröder einen Stoß in den Rücken versetzt haben soll, so daß Schröder zu Tode fiel. In einer Gerichtsverhandlung, zu der es aus diesem Anlaß kam, beschwor der Gendarm, daß er Schröder nicht gestochen habe. Schröder und seine Freunde beschworen das Gegenteil. Daraufhin wurde gegen diese Zeugen das Verfahren wegen Meineids eingeleitet und zum Erstaunen weitestere Kreise brachten es die Geschworenen in Essen fertig, die Schuldfrage zu bejahen, worauf die Genossen auf lange Jahre ins Zuchthaus geschickt wurden. Der Gendarm Winter kam später als Bureauassistent zum Berliner Magistrat, wo er sich zurzeit noch befindet. Gegen ihn schwebt gegenwärtig ein Disziplinarverfahren, weil er versucht haben soll, Zeugen zu unwahren Aussagen zu verleiten, andre veranlassen wollte, falsche eidesstattliche Versicherungen abzugeben und weil er selbst als Zeuge mehrmals eine sehr eigenartige Rolle gespielt hat. Rechtsanwalt Dr. Niemeyer, der in dem Meineidsprozeß als Zeuge fungierte, hat nunmehr in Essen den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die verurteilten Bergarbeiter gestellt und diesen Antrag wesentlich darauf gestützt, daß sich die Glaubwürdigkeit des Winter als außerordentlich zweifelhaft herausgestellt habe. Man darf sicher erwarten, daß es doch zu einer neuerlichen Verhandlung kommt und daß dann die schwergeprüften Genossen, von denen einige längst in der kühlen Erde ruhen, nach so langen Jahren rehabilitiert werden! In Arbeiterkreisen hat nie ein Zweifel darüber bestanden, daß die Parteigenossen völlig unschuldig im Zuchthaus gesessen haben.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42).

(Sitz Dresden.)

Bekanntmachung.

Durch den außergewöhnlich hohen Krankenbestand und der erforderlichen bedeutenden Zuschüsse, welche die Hauptkasse bereits im Laufe dieses Jahres an eine Anzahl örtlicher Verwaltungsstellen zuzenden mußte, sowie der zurzeit vorhandenen hohen Restanzahl, sieht sich der Kassenvorstand veranlaßt, die geehrten Mitglieder aufzufordern, ihre Beiträge pünktlich und laufend zu bezahlen, widrigenfalls derselbe gezwungen ist, nach § 4 Ziffer 2a des Statuts bereits bei zweimonatlichem Rückstand auszuschließen.

Der Kassenvorstand.

J. A.: Karl Pletschmann, Vorsitzender.

Anzeigen.

Ausdehnungsfähiger **Wachwarenfabrik** bietet sich Gelegenheit, tüchtigen jungen Kaufmann als

Teilhaber

mit vorerst 10 bis 15 Tausend Einlage aufzunehmen.

Gefl. Offerten unter **F. T. S. 455** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** [M. 2,40]

Neu eröffnet!

Gastwirtschaft und Mittagstisch

[M. 3]

von

Hermann Artmann,

Hamburg-Barmbeck, v. Essenstrasse 91.

Konditorei.

Neues, massives Wohnhaus mit zwei Etagen und hochherrschaftlich eingerichteten Wohnungen, Gas-, elektrisches Licht und Wasserleitung, ist zur Anlage einer

Bäckerei bezw. Konditorei mit Café zu verkaufen.

Preis M. 77 000, Anzahlung M. 10 000, heutige Mieteinnahme ja. M. 5000. Ort: Kreisstadt Hannovers.

Offerten werden unter U 828 an Haasenstein & Vogler A.-G., Hannover, erbeten. [M. 3,60]

Bäckerei, Transport- und Kohlenförbe

liefern bei bester Ausführung billigt

Konsumverein Schney.

Station: Lichtenfels i. Bayern.

Allen Mündener Bäcker- und Konditorengehülfen

empfehlen sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie

Georg Prem, Walterstr. 19/0.

Berufs-Bekleidung

für Bäcker, Konditoren etc.

In starker, solider Verarbeitung.

Drell-Hosen I u. Ia	Mk. 2,25, 2,40
Drell-Hosen rein Leinen	„ 3,10, 3,45
Konditor-Jacken I u. Ia	„ 3,45, 3,75
Konditor-Mützen	„ 0,40
Hemden, Militär-Messel	„ 1,60
Hemden, Barohend od. Flanel	„ 1,60-2,65
Hemden weiss, Buxkin-Hosen etc.	

Berufs-Bekleidungs-Industrie

Hamburg 21, B. Th. Wahn, Schillerstr. 12.

Platzbestellungen per Karte werden sofort ausgeführt. Bei Bestellung genügt Brustweite oder Schrittlänge.

Garderoben-Versandhaus I. Ranges

L. Spielmann, München, Dachauerstr. 4.

Seit Jahren versende ich im ganzen Deutschen Reiche

Herren- und Knaben-Garderoben

zur vollsten Zufriedenheit meiner Kunden.

Bevor Sie Ihren Bedarf in Herrengarderoben decken, verlangen Sie meinen illustrierten Prachtkatalog **B. gratis und franko.**

Es liegt in Ihrem Interesse, diesen durchzusehen. Sie werden finden, dass Sie es mit einem selten reellen, soliden und besonders leistungsfähigen Hause zu tun haben.

Meine Garderoben sind in **Stoff, Ausführung, Zutaten** und der **Passform das Vollendete der Branche**, daher mit der gewöhnlichen Konfektion nicht zu verwechseln, und vermöge meines enormen Konsums zu **unerreicht billigen Preisen.**

Sacco-Anzüge , selten strapazierbare Stoffe in feinsten, modernster Verarbeitung	16 bis 48
Paletots für Herbst, Winter und Frühjahr. Das Eleganteste der Neuzeit	17 „ 45
Sport-Anzüge in Loden, Manchester und eleganten Modestoffen	16 „ 38
Sport-Kragen (Pelerine) , nur erprobt gute Qualitäten und imprägniert	850 „ 18
Bozener Mäntel , beliebtester Wetterpaletot, in Strichloden und Modestoffen	13 „ 32

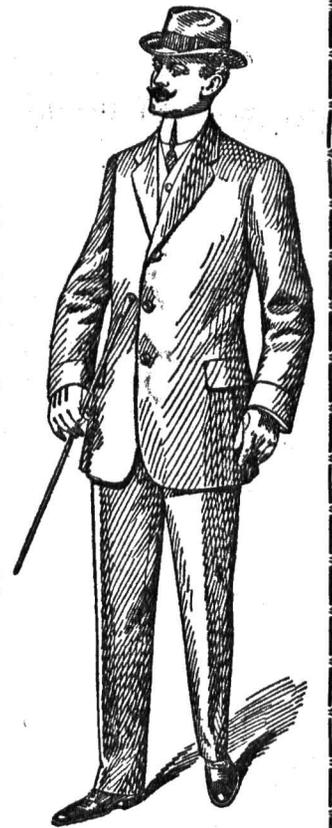
Gehrockanzüge, Rockjacketanzüge, einzelne Hosen, Modewesten usw.

Berufskleider für Bäcker und Konditoren.

Der Versand erfolgt wohl per Nachnahme, dagegen erstatte ich für nicht konvenierende Waren auf Wunsch den Betrag anstandslos retour.

L. Spielmann, München, Dachauerstr. 4.

Telegramme: Spielmann, Dachauerstrasse. — Telephon: Nr. 2464.



Mitglieder- bezw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 12. September:

Bayreuth: Bei Albert Rober, Wölfelstr. 7. — **Bergedorf:** 4 Uhr im „Deutschen Haus“, Sachsenstraße. — **Gera:** 3 Uhr in Hainberg. — **Hagen:** Bei Schierhoff, Hochstraße. — **Halle a. S.:** 3 Uhr „Zu den drei Königen“, Kleine Klausstr. 7. — **Sameln:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Baustraße. — **Neumünster:** 4 Uhr bei Burg, Blönerstraße. — **Neuß:** Vorm. 11 Uhr bei Franz Reimers, Furterstr. 110. — **Oldenburg:** 4 Uhr bei Schumacher, Kurvstr. 28. — **Remscheid:** Vorm. 10 Uhr bei Arnold Trisch, Bismarckstraße 13. — **Solingen:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, 14. September:

Darmstadt: Bismarckstr. 19. — **Erfurt:** 3 Uhr „Zum König von Preußen“, Futterstr. 9. — **Fürth i. S.:** 2½ Uhr bei Simader, Gartenstr. 1. — **Hannau:** 3 Uhr „Zur Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6. — **Heidelberg:** 3 Uhr im „Goldenen Römer“, Hauptstr. 41. — **Rosenheim:** Im „Frühlinggarten“.

Mittwoch, 15. September:

Gelsenkirchen: 5 Uhr bei Ingenhag, Hochstr. 1. — **Hamburg-Altona (Fabrikbranche, Bezirk Hammerbrook):** 7 Uhr im Restaurant „Vorwärts“, Frankensstraße.

Donnerstag, 16. September:

Birmasfeld: „Zur Traube“.

Freitag, 17. September:

Braunschweig: 3½ Uhr in Stegers „Vierpalast“, Stobenstraße 9.

Sonntagabend, 18. September:

Elsfeld: 8 Uhr im Volkshaus. — **Stettin (Konditoren und Tagelöhner):** Bei A. Lipton, König-Albertstr. 43.

Sonntag, 19. September:

Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Celle:** 4 Uhr bei Knoop, Freigenwiese. — **Düsseldorf:** 3½ Uhr bei Richard Gwalb, Breitestr. 15. — **Landshut:** Im „Hofbräu“, Neustadt 444. — **Lüneburg:** 3 Uhr bei Wulf. — **Stadthagen:** 4 Uhr bei Wedderhahn, Götternstraße. — **Weihenfeld:** Im Gewerkschaftshaus, Merseburgerstr. 16. — **Zeitz (Bäcker):** 3 Uhr im „Franziskaner“.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Luer & Co. in Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

Vom 30. August bis 5. September gingen bei der Hauptkassette des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat August Zahlstelle Harburg M. 103,20, Karlsruhe 170,80, Dortmund 85,25, Berlin 4570, Cöln 242,70, Bielefeld 40,10, Solingen 44,80, Schönebeck 30, Hannover 445,90, Cassel 107,90, Essen 197,75, Magdeburg 601,60, Sonneberg 36,10, Frankfurt 1155,55, Dresden 1960, München 2368,85, Colmar 18,80, Straubing 18,50, Hanau 31,90, Rosenheim 97,40, Kiel 243,70, Hamburg-Mitona 3493,50.

Für Monat Juli: St. Johann M. 122,50.
Für die Monate Juni bis August: Eisenach M. 64,50.

Von Einzelzahlern der Hauptkassette: B. R. Nordhausen M. 29, L. S. -Kassette 4,50, L. M. -Jüdische 12, A. S. -Lörach 9, G. N. -Medemede 3, C. D. -Güstrow 10, J. W. -Tschöke 1, M. B. -Weißburg 6,50, A. W. -Olbernhau 25.

Für Annoncen: Zahlstelle Berlin M. 2,40, Naumburg 4.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Heute ist der 38. Wochenbeitrag (12. bis 18. September) fällig.

Sterbetafel.

Homburg v. d. H. Karl Rannert, 21 Jahre alt, gestorben am 31. August.

Ehre seinem Andenken!

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Aus dem Herforder Industriebezirk. Sehr schlechte Zustände herrschen bei der Firma Hhffoh, Ellerbrot & Gehr. Trotz dem dies die jüngste Firma am Plage ist, gibt sie den Großindustriellen an Scharfmacherei nichts nach, und organisierte Arbeiter schmeißt man ohne weitere Umstände auf die Straße. Die Lohnverhältnisse sind jedoch unter aller Kritik. Der erste Kocher erhält M. 22, der zweite M. 20, der dritte M. 15, der vierte M. 12 Lohn die Woche. Die Betriebsleitung bedient sich, um billige Arbeitskräfte zu haben, einer allbekanntesten und einfachsten Methode. Verläßt ein Kocher dieses Dorado, so wird eben ein Jüngling von 16 bis 17 Jahren an dessen Platz gestellt; der erste und zweite Kocher haben die Verpflichtung, diesen jungen Menschen dann in allen Teilen möglichst schnell zu unterrichten und die nötigen Anweisungen zu geben, was diese Küchler in Geschäftsinteresse auch gern tun. Ein Lagerist, der es früher als Postbeamter zu nichts bringen konnte, spielt den eifrigen Zuträger für die Firmeninhaber, und diese hören nur auf ihn und schenken dem treuen Aufpasser alles Vertrauen. Was die ser anordnet, wird gemacht; dabei hat er von der ganzen Branche keine blasse Ahnung, und ob die Warenabnehmer auf die Dauer mit allem zufrieden sind, darf bezweifelt werden. Sanitären Ansprüchen wird im Betriebe auch in keiner Weise genügt. Gereinigt wird nur zweimal im Jahre; auf dem Fußboden der Kocherei befindet sich eine acht bis zehn Zentimeter dicke Dreckschicht, so daß sich die Kocher beim Zuckerausgießen sehr in acht nehmen müssen, damit sie nicht stürzen und sich verbrennen. Daß noch kein Unglück geschehen ist, muß man ein Wunder nennen. Hoffentlich wird die Firma aber nun endlich Nemebur schaffen und die Mißstände beseitigen. Den Kollegen aber rufen wir zu: Hinein in den Verband, erst dann könnt Ihr alle Mängel und Schikanierungen mit Nachdruck zurückweisen! Wenn Ihr Euch nicht zusammenschließt, könnt Ihr warten bis zum Nimmerleinstag, ehe es Euch besser geht.

Aus dem Betriebe des Herrn Claus in Reichenbach i. Vogt. Herr Claus hat eine große Angst vor dem Verband und entläßt jeden, der es wagt, dem Verband beizutreten. So hat er erst kürzlich seinem ersten Kocher und einem Marzipanarbeiter gekündigt. Dem ersten gab er als Grund an, die Arbeit sei nicht mehr zufriedenstellend, trotzdem er ihm vorher erklärt hatte: „Ich habe nichts gegen Sie, lassen Sie nur Ihre Familie kommen.“ Als der Herr Claus jedoch erfahren hatte, daß er es mit einem Verbandsmitglied zu tun hat, war die Arbeit des Kollegen mit einem Male minderwertig. Zur Information über die Arbeitsverhältnisse diene folgendes: Bei einer Arbeitszeit von früh 6½ Uhr bis abends 7 Uhr, einer halben Stunde Frühstück, einer Stunde Mittag und einer halben Stunde Vesperpause, also zehneinhalb Stunden täglich effektiv, wird noch an gelehrte Leute, welche schon zehn Jahre im Betriebe sind, ein Lohn von M. 18,50 pro Woche gezahlt! Dabon gehen noch die Kassenbeiträge ab. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. So redet Herr Claus alle Leute, die dort aus der Gegend sind, mit „Du“ an, ganz gleich, ob Lehrling, Gehilfe oder Mädchen. Auch gebraucht er den Arbeiterinnen gegenüber die gemeinsten Redensarten. Sein Anstandsgefühl ist so minimal entwickelt, daß er an sie oft jene bekannte Forderung stellt, welcher noch niemand nachgekommen ist. Auch der Buchhalter, Herr Zukas, läßt in seinem Auftreten gegenüber dem Personal sehr viel zu wünschen übrig. Ferner ist noch der zweite Kocher, Kräuterer, zu nennen, der den Lehrlingen die süße Kunst mit Kollholz oder sonstigen Gegenständen einprügeln will.

Das Ganze ist wieder ein Beitrag zu der Frage, was eine unorganisierte Arbeitergruppe sich heute noch bieten lassen muß. Werden die Kollegen und Kolleginnen in Reichenbach nicht endlich einmal geschlossen gegen solche Zustände Front machen?

Die Arbeitsverhältnisse in der Schokoladenfabrik Epper & Co. (früher Thiele & Holzhausen, Barleben-Magdeburg) sind so schlecht, daß die dortige Arbeiterschaft endlich energischer Stellung zu denselben nehmen mußte,

als bisher. Man sah auch ein, daß hier nichts weiter hilft, als eine kräftige Organisation. Die Kollegenschaft ist dem Verbands auch in immer stärkerem Maße beigetreten und hat sich in den letzten Wochen eifrig mit den traurigen Bedingungen, unter denen sie das tägliche Brot verdienen muß, beschäftigt. Wir sind ja schon in einer früheren Notiz auf die unhaltbaren Zustände im Betriebe näher eingegangen. Neben der äußerst geringen Bezahlung der Arbeitskräfte ist ganz besonders noch die Behandlung durch den Inspektor und den Leiter der Schokoladenabteilung dazu angetan, immer mehr Unzufriedenheit zu schaffen. Jedes der hier täglich fallenden Schimpfwörter ist ein Peitschenhieb und Ansporn, nun bald zur Besserung zu sorgen. Auch die Garderobenräume sind ganz unvorschriftsmäßig. Die Arbeiterschaft beschloß, einige bescheidenen Forderungen in bezug auf Arbeitszeit und Löhne und andres durch die Organisation in Form eines Tarifvertrages bei der Firma einzureichen. Auf diese Wünsche ist in einem an unsre Bezirksleitung gefandten Antwortschreiben wieder allzusehr der „Herr im Hause“-Standpunkt vertreten, indem man die Organisation ablehnt und nur mit den Arbeitern direkt verhandeln will. In einer darauf einberufenen Betriebsversammlung, die statt besucht war, wurde die Organisationsleitung beauftragt, nochmals an die Firmen heranzutreten, um zu versuchen, die Forderungen in friedlichem Abkommen zu erreichen; es wurde aber gleichzeitig erklärt, daß man gewillt sei, zu geeigneter Zeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für Forderungen einzutreten, die den jetzigen allgemeinen Verhältnissen besser entsprechen. Die Entrüstung über das Antwortschreiben der Firma war allgemein.

Unserm Bezirksleiter gelang es schließlich nach einigen Tagen, eine Unterredung mit einem der Unternehmer und dem Direktor herbeizuführen, wobei ihm in Aussicht gestellt wurde, daß bei besserem Geschäftsgange vielleicht ein Tarifabschluß sich realisieren lasse. Mehr als diese zweifelhafte Zusage war jetzt nicht zu erlangen. Daß man aber weiß, um was es sich handelt und daß die Herren über die Stimmung und die Organisationsverhältnisse ihrer Arbeiterschaft leidlich gut unterrichtet sind, auch vor organisierten Arbeitern einigen Respekt haben, geht daraus hervor, daß, wenn auch in völlig unzureichendem Maße, einem größeren Teile Lohnzulagen bewilligt wurden. Etwas Erfolg brachte die Bewegung also schon! Die Herren täuschen sich natürlich, wenn sie denken, daß damit Genüge geschehen sei und sonstige Verprechungen Verprechungen bleiben können. Die männliche und weibliche Arbeiterschaft wird an ihrer Organisation nunmehr festhalten und auch noch die letzten hineinziehen, damit von dem kleinen Anfange aus, der jetzt gemacht wurde, planmäßig weitergebaut werden kann. Was nicht nur zu ihrem, sondern sicher auch zum Vorteil des ganzen Betriebes sein würde.

Wir fordern aber dringend, daß unsre Kollegen im Lande, vor allem alle Laboranten, Bonbonkocher, Dragisten, Schokoladenarbeiter, Dekorateur usw. unbedingt von diesem Betrieb sich jetzt fern halten. Es werden hier bei elfstündiger Arbeitszeit noch Löhne von M. 14 bis 18 pro Woche gezahlt, und ehe diese Zustände nicht grundlegend geändert sind, darf auch bei höheren Angeboten kein Kollege sich herbeilassen, dem Vorwärtstreben der hiesigen Arbeiterschaft in den Weg zu treten. Zeigt euch überall solidarisch mit dieser jahrzehntelang niedergedrückten Kollegenschaft, die auf euren Beistand mit Bestimmtheit rechnet!

Liebedienerei bei der Firma Staudigel-Dresden.

Vor einigen Wochen ging uns aus Dresden folgendes Schreiben zu:

Dresden, den 29. Juli 1909.

An die Redaktion der „Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“, Hamburg.

Die Unterzeichneten fühlen sich veranlaßt, zur Berichtigung über den Artikel der Firma Emil Staudigel in Ihrem geschätzten Blatte, Nr. 24, eine Eingabe zu machen. Die Firma E. Staudigel beschäftigt eine Anzahl Leute, welche schon über 25, 20, 15 und 10 Jahre da sind. Alle Arbeiter wie Arbeiterinnen bekamen am Tage ihrer zwanzigjährigen Tätigkeit im Geschäft ein größeres Geldgeschenk, wir haben auch keinen Grund zur Klage und sind in jeder Beziehung zufrieden.

Die geehrte Redaktion kennt die Arbeiter und Arbeiterinnen viel zu wenig, wenn gesagt wird: „Wir müßten zu Kreuze kriechen“; das tut keines von uns. Es wird auch nicht verlangt, und wir haben es auch nicht nötig; im Gegenteil, so viel Willen und Freiheit, wie wir bei der Firma Emil Staudigel haben, würde uns wohl in keinem andern Betriebe gemährt werden.

Soviel uns bewußt ist, waren die entlassenen Arbeiter mit ihren Löhnen zufrieden; es arbeiten noch eine Anzahl Männer hier, die dasselbe und auch noch mehr verdienen; alle sind zufrieden.

Ohne Grund wird bei der Firma niemand entlassen, es werden nicht einmal Leute bei schwachem Geschäftsgang entlassen. Der eine Gehilfe, welcher schon 24 Jahre im Betrieb der Firma war, hat sich selbständig gemacht. Es würde auch in Wirklichkeit kein Geschäftsherr dulden, daß Gehilfen, welche sich in derselben Branche selbständig machen, noch länger in ihren Geschäften blieben.

Differenzen und Meinungsverschiedenheiten kommen in jedem großen Betriebe vor, es wäre aber überflüssig und kleinlich, auf solch niedrigen Geschäftsweg näher einzugehen. Die Mißbräute, welche Herr Staudigel tut, und worüber sich andre Leute lächerlich machen, sind nur zum Segen vieler alter Leute, welche in dem Geschäft arbeiten, aber wegen ihres hohen Alters nicht mehr viel verdienen können. Viele bekommen Mittagessen und Geldgeschenke, wo niemand etwas erfährt, es wird nicht an die große Glocke gehangen, sondern diese Leute danken es Herrn Staudigel und freuen sich dieser Mißbräute.

Warum ist denn in diesem Artikel auch nicht erwähnt, daß einer der entlassenen Arbeiter auf einmal ein Sparkassenbuch mit M. 600, schreibt fünfshundert Mark, von

Herrn Staudigel bekommen hat, und gerade dieser Mann hatte sich in Wirklichkeit etwas zu schulden kommen lassen. Mit dem Gelde für die Wasserbeschädigten verhält es sich auch ganz anders. Herr Staudigel hat das Geld im Namen des Arbeitspersonals gegeben, daß wir nicht steuern sollten, und nicht, um sich damit einen Namen zu machen. Warum in jeder Sache unsern werten Herrn Chef ein schlechter Sinn unterlegt wird, ist uns unverständlich. Erst vor kurzem hat uns unser Herr Staudigel M. 1000 geschenkt und ein Walfest gegeben; soll dieses auch in ein niedriges Licht gestellt werden?

Wir zollen unserm Herrn Chef die ihm gebührende ehrende Achtung, die wir ihm schuldig sind, und diese werden wir ihm jederzeit betahren.

Das Arbeitspersonal der Firma Emil Staudigel.

Natürlich kannten wir die Verhältnisse des Betriebes genügend, um zu wissen, was für eine Spezialform von Arbeitern bei der Abfassung des Schreibens in Frage kommen konnte und schickten es deshalb an unsre Bezirksleitung in Dresden, ihr zunächst das weitere überlassend. Wir erhalten jetzt von dort folgenden Bericht:

Eine Betriebsversammlung, die leider schwach besucht war, beschäftigte sich am 1. September mit diesem Schreiben. Kollege Reymann verlas zunächst den Artikel aus Nr. 24 unserer Zeitung, um den Inhalt vorstehenden Briefes verständlich zu machen. Er wies dann die Berechtigung der von uns geübten Kritik nach. Der Brief aber sei ein Nachwort einzelner Personen, und zwar der Kolleginnen Renner, Graf, des Gießer's Mäbler und der Kontorproletarierin Kunst. Das Fräulein Kunst habe das von der Kollegin Renner verfaßte Schriftstück noch ergänzt. Diese Personen hätten jedoch kein Recht gehabt, im Namen des Arbeitspersonals zu schreiben, da dieses gar nicht gefragt worden ist. Die Mehrzahl desselben stimme unserm Artikel vollinhaltlich zu. Die Kritik und unser Kampf richtete sich übrigens nicht gegen Personen, sondern gegen das System. Wenn in der Schrift von „Mißbräuten“ gesprochen wird, so sieht man daraus nur, daß die Verfasser unfähig sind, kapitalistische Kniffe zu begreifen. Herr St. müßte ein weiser Rabe unter den Unternehmern sein, wenn er dem Personal etwas schenken würde. Das angeblich „Geschenke“ ist nur ein winziger Prozentsatz dessen, was er dem Personal am Mehrwert der Arbeitskraft zuerst abgeklopft hat und ihm dann wieder „wohlthätig“. Das Personal kann jedoch auf all die Wohlthaten pfeifen, wenn ein auskömmlicher Lohn bezahlt wird.

Frau Renner als erste Debatterin will bekunden, daß Herr Staudigel nicht hinter dem Briefe stehe. (?) Der Brief sei im Namen einiger Arbeiterinnen und Gehilfen (Mäbler?) verfaßt; die Unterschrift sei leider verlesen worden. Fräulein Kunst (rechte Hand des Herrn Staudigel, D. B.) habe nur etwas geändert, da doch der Stil von diesem Fräulein besser sei. „Wenn jemandem unrecht geschieht, aber wir haben Forderungen, so werde ich jede Sache beim Herrn Chef vertreten“, meinte sie, und das Kontorfräulein Heiterot piepte beständig hinzu: „Frau Renner, Sie haben gut gesprochen!“

Nach den letzten Ausführungen konnte man annehmen, daß Frau Renner Arbeiteraushüfungsmitglied sei und wurde ihr dementsprechend die Bedeutungslosigkeit der Arbeiteraushüfungs im Ernstfalle auseinandergesetzt. Sie gestand aber nun zu, daß sie gar nicht diese Funktion ausübt. Wie sie dann dazu kommt, in dieser Weise aufzutreten, wird wohl ihr Geheimnis bleiben. Auf welche Art sie die Interessen ihrer Mitarbeiter zu vertreten gedenkt, lehrt ja der Brief.

Ein Gießerhilfsarbeiter bringt zur Sprache, daß er sogar nur etwas über M. 17 verdient habe; ebenso andre M. 20, und bei einer Arbeitszeit von früh 6 bis 8 Uhr abends M. 22, wo jedoch kaum Zeit zum Essen gewesen sei. Da ruft das eifrige Fräulein Heiterot wiederum: „Sagen Sie nur, von wem Sie den Lohn erhalten!“ worauf ihr geantwortet wurde: „Gewiß, den Lohn erhalten wir von Mäbler!“ (Laborant.)

Kollege Reymann mußte es hierauf als sehr erfreulich bezeichnen, daß die Diskussion zutage brachte, daß der angebliche Musterbetrieb das 3 w i s s e n meistersystem noch habe. Aber nicht Mäbler sei verantwortlich für die niedrige Lohnzahlung, sondern der Betriebsinhaber. Es sei jedoch jetzt — führte er weiter aus — verständlich, warum Mäbler so großes Interesse an der Abfassung des Briefes habe. M. 70 bis 75 verdienen, und den Hilfsarbeiter mit einem Lohn abzupfeifen, der nahezu an Wucherlöhne grenzt, entspreche ganz dem Charakter der Mitglieder der „Eintracht“, die somit schon mehr zur „Niedertucht“ werde. Herr St. habe ein großes Interesse, eine Gruppe mit guten Löhnen zu erhalten und die andern mit schlechten Löhnen. So sei es auch bei den Arbeiterinnen. Ein Teil verdiene Geld, der andre sei Jahre da und komme nicht über M. 8 pro Woche. Erst vor kurzem ist eine Arbeiterin zur Zigarettenindustrie übergegangen, weil ihr der „Verdienst“ zu hoch war. Das Zwischenmeistersystem abzuschaffen sei technisch durchführbar.

Frl. Heiterot machte schnell ihrem bedrängten Herzen noch einmal Luft, indem sie rief: „Sie verstehen überhaupt nichts davon. Sie wollen nur hegen und die Leute unzufrieden machen. Die Leute sollen ihren Quatsch glauben und ihre Großen Ihnen zutragen. Sie ärgern sich, daß ich da bin und die Leute nicht so fangen können usw.“

Daß alte Jungfern Grillen haben, ist ja bekannt, daß sie sich mitunter zu so tiefgründigen Weisheiten aufschwängen können, haben wir aber erst jetzt entdeckt. Daß der Dame, die sich schrecklich abmüht, gebildet zu erscheinen, ziemlich derb die Wahrheit gesagt wurde, ist klar, und fluchtartig verließ sie ohne einen in anständigen Kreisen üblichen Abschiedsgruß das Lokal.

Warum war jedoch bloß Frl. Kunst, die den Brief so herrlich redigierte, nicht erschienen? Und der Herr Mäbler? Dem Frl. Heiterot muß man wenigstens lassen: auf Vertretung der „Interessen ihres Herrn“ und auf Spionage versteht sie sich vortrefflich. So demokratisch, wie sie die Arbeitsverhältnisse schildern will, sind sie aber leider nicht. Zu

einem Musterbetrieb fehlt nicht mehr als alles. Oder ist es mustergerichtig, wenn das Personal sich teilweise in Ermangelung von Waschvorrichtungen an der Gasse waschen muß? Oder wenn Arbeiter, die sich während der Mittagspause ein halbes Stündchen im Birkenwäldchen niederlassen wollen, ¼1 Uhr das Fabriktor geschlossen finden und dann nur durch das Eisengitter die Außenwelt betrachten dürfen? Glaubt die Fabrikleitung, in einer Viertelstunde kann das Personal sich waschen, umziehen und essen, wenn es noch das Tor offen finden will? Herr St. wird wohl tagtäglich eine Stunde zum Essen und vielleicht zwei Stunden zum Verdauen gebrauchen; da Arbeiter und Arbeiterinnen zuzeit gewissermaßen auch noch zum Menschengeschlecht zählen, so sollte auf ihre Bedürfnisse doch wenigstens einigermaßen mehr Rücksicht genommen werden. Wenn dann der Drang nach frischer Luft und ein Viertelstündchen Ruhe die Leute verleitet, über das Gitter zu steigen, dann regnet es 50 3 Strafe oder Entlassung. Ist das alles mustergerichtig?

Eine kleine Episode, die den Flugblattverteilerin passierte, sei noch erwähnt. Herr Staudigel meinte zu dem einen Kollegen: „Verlassen Sie sofort mein Grundstück. Es ist eine Unverschämtheit, die Leute so aufzuwiegeln.“ Zum andern: „Was Sie noch davon haben, die Leute aufzuwiegeln.“ „Meine“ Leute sind zufrieden, fragen Sie sie nur.“ Für Herrn St. scheinen die Kulturaufgaben der Gewerkschaften ein Buch mit sieben Siegeln zu sein. Wie zufrieden die Leute sind, zeigt ja vorstehender Bericht. Aber es wird wohl noch besser kommen. Warten wir ab, was Herr St. noch alles gegen die Organisation unternehmen wird. Er soll aber des Wortes gedenken: Druck erzeugt Gegendruck.

Die Kollegen und Kolleginnen mögen nun aus den letzten Vorgängen die Lehre ziehen, daß sie vereinzelt nichts sind. Sie mögen daran denken, daß sie schon oft auf den Treppentritten versammelt waren, um bessere Löhne zu erzwingen — ohne Erfolg. Nur mit Hilfe der Organisation wird sich ihr Los bessern. Deshalb geschlossen hinein in dieselbe, und die Parole eines jeden einzelnen muß sein: Menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse — keine Mildtaten.

Die drei freien Mächte im Gau Sachsen und Thüringen.

Wir brachten bereits in Nr. 84 einige Belege für die sozialpolitische Rückständigkeit der sächsischen und thüringischen Regierungsorgane. Unsere dortige Gauleitung hatte bekanntlich veranlaßt, daß die zuständigen Verwaltungen oder Vertrauenspersonen bei den verschiedenen Behörden eine allgemeine Durchführung des Verbots der Arbeit an den drei freien Mächten oder ein allgemeines Nachverbot auf Grund der §§ 105 b und c und 41 der Gewerbeordnung forderten. Die darauf eingelaufenen Antworten zeigten so recht, daß die Behörden auch nicht die geringste Lust haben, den minimalen Forderungen der Arbeiterschaft in den Bäckereien entgegenzukommen; es sind wahre Kulturdokumente aus dem Bande der „fortgeschrittensten Sozialpolitik“, und wir konnten nicht umhin, sie der Nachwelt zu überliefern. Nachstehend lassen wir noch einige derselben Art folgen.

Unser Chemnitzer Kollege übermittelte das Gewerbeamt der Stadt Chemnitz folgende Antwort der Kreishauptmannschaft Zwickau:

Nr. 964 b IV
zu Nr. 490/VI. Chemnitz, den 27. Juli 1909.

Die königliche Kreishauptmannschaft lehnt es ab, auf das von dem Bäcker Hölzel eingereichte Gesuch vom 20. April d. J. durch entsprechende Abänderung der Bekanntmachung vom 10. August 1904 und 29. August 1906 eine beifällige Entschliebung zu fassen.

Da auch an den zweiten Feiertagen der drei hohen Feste das Bedürfnis der Bevölkerung an frischer Back- und Konditorenware anzuerkennen ist, ist die königliche Kreishauptmannschaft in Uebereinstimmung mit der Bäckereileitung und der Gewerbeamt der Stadt Chemnitz, zumal überdies das Gesuch nur von zwei Personen unterschrieben ist, nicht in der Lage, die auf Grund von § 105 e der Reichsgewerbeordnung für das Back- und Konditorgewerbe gestattete Ausnahme von § 105 b, Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung für die ersten und zweiten Feiertage der drei hohen Feste wieder einzuschränken.

Die königliche Kreishauptmannschaft. Nihe.
Der Regierungspräsident zu Erfurt ließ unsern dortigen Vorstehenden folgendes wissen:

J. N. 6213 I a. Erfurt, den 10. August 1909.

Erwidern auf die Eingabe vom 21. Mai d. J.
Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß in Erfurt bereits jetzt an den beiden Feiertagen der drei hohen Feste nur in einer geringen Anzahl von Bäckereien Backwaren, hauptsächlich für Gastwirtschaften, hergestellt werden.

Ein Bedürfnis für die Einführung der Bestimmungen, die Sie in Ihrer Eingabe vorschlagen, kann daher gegenwärtig für Erfurt nicht anerkannt werden.

In Vertretung: (Name unleserlich.)

Die Eingabe für unsere Kollegen in Nordhausen hatte der Bezirksleiter übernommen, und ihm ward von derselben Erfurter Behörde folgender Bescheid:

J. N. 6085 I a. Erfurt, den 10. August 1909.

Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß in der Stadt Nordhausen die Arbeit in den Bäckereien zu Weihnachten und Ostern schon jetzt ruht, während zu Pfingsten die Regelung jedem Meister von Fall zu Fall überlassen blieb. Ich habe nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß für den Erlaß der Bestimmungen, die Sie in Ihrer Eingabe empfehlen, für Nordhausen gegenwärtig ein Bedürfnis besteht.

In Vertretung: (Name unleserlich.)

Dem Vorstand unsrer Mitgliedschaft Altenburg wurde durch den Stabsrat der Haupt- und Residenzstadt Altenburg kund und zu wissen:

St. N. II A Nr. 220 d. / 1909. Altenburg, 17. Juli 1909.

Auf Veranlassung des Herzoglichen Ministeriums, Abteilung des Innern, hier, eröffnen wir Ihnen, daß das Herzogliche Ministerium Ihrem Gesuche vom 30. April 1909, in allen Bäckereien des Bezirks auf Grund der §§ 105 b, Abs. 1, und 105 e der Gewerbeordnung, für

sämtliche Gehilfen und Lehrlinge die Arbeit am 1. April, Pfingsten und Weihnachtsfest für die Zeit vom ersten Feiertag früh 8 Uhr bis zum zweiten Feiertag abends 10 Uhr zu verbieten, oder auf Grund des § 41 der Gewerbeordnung ein gängliches Nachverbot für sämtliche Bäckereien und Konditoreien zu erlassen, aus den von der Bäckereileitung zu Altenburg geltend gemachten Gründen, die an Ratsstelle (II. Geschö, Zimmer 14) eingesehen werden können, nicht näher treten kann.

Tell, Bürgermeister.

Und dem Gesellenausschuß der Zwickauer Bäckereileitung schließlich wurde von der dortigen königlichen Kreishauptmannschaft im Wortlaut genau derselbe Bescheid zuteil, den man den Weisitzer Bäckergesellen gegeben hatte und welchen wir schon in Nr. 28 brachten.

Unsre Kollegen sehen an all diesen Antworten demnach wieder einmal in aller Deutlichkeit: Auf absehbare Zeiten haben sie keine Hoffnung, daß ihre so beschiedenen Wünsche irgend welches Entgegenkommen bei den Behörden finden. Ein besseres Agitationsmaterial als solche Urkunden, kann aber natürlich unsern Mitgliedern gar nicht geboten werden, und wir sind überzeugt, daß sie damit in der richtigen Weise arbeiten!

Berichte aus den Bäckereien.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzusenden.)

Beuthen i. Oberschl. Am 1. September sprach hier Kollege Winger-Breslau in einer Bruderschaft-Versammlung über: „Zweck und Nutzen des Bäder- und Konditoren-Verbandes“. Zunächst führte er den unangenehmen die traurigen Zustände vor Augen, unter denen sie noch arbeiten müßten; das schuldige Koff- und Logiswesen beim Meister sei auch hier die Hauptursache alles Übels. Unsere erste Aufgabe müsse sein, dieses System zu beseitigen. Die Bruderschaft sei aber nicht in der Lage, eine Besserung zu erlangen, sondern nur eine gute Organisation werde dies fertig bringen. Sodann schilderte der Referent die Erfolge, welche der Bäder- und Konditorenverband in den letzten Jahren in vielen Städten zu verzeichnen hatte. Am Schlusse seiner Ausführungen rief er den Anwesenden zu: Wenn es ernst sei mit der Verbesserung seiner Lage, der müsse sich unserm Verband anschließen! Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen, ebenso die Worte des Kollegen Magte, der ebenfalls den Anschluß an den Verband empfahl. Mehrere Kollegen leisteten dem Rufe Folge, und haben ihr jetzt eine schöne Anzahl tüchtiger Kollegen gewonnen. Nach der Versammlung fanden sich mehrere Bäckermeister ein, die von der Anwesenheit des Kollegen Winger Kenntnis hatten; in die Versammlung zu kommen, um seinen Ausführungen entgegenzutreten, fehlte ihnen aus dem Grunde der Mut. Sie glaubten, wie sonst, die unzufriedenen Gesellen mit einem Glase Freibier über ihre traurige Lage hinwegzutreiben. Aber dieses Mal hatten sie sich verrechnet. Zur Ehre der Beuthener Kollegen sei es gesagt — keiner faßte ein Glas Freibier an. Zunächst waren die Herren vom Wackroger sprachlos vor Aerger über dieses Gesellenfrechheit. Als sie sich etwas erholt hatten, schimpften sie wie Koboldspäßen. Am meisten mußte Kollege Bruttisch herhalten, der nach Ansicht der Krauter die meiste Schuld an der „Gesellenverheerung“ trägt. Bruttisch sowie mehrere andere gaben den Meistern aber den guten Rat, anstatt dieses Freibieres sollten sie ihren Gesellen und Lehrlingen lieber satt zu essen und anständige Löhne geben, dann würden die Gesellen ihr Bier schon selbst bezahlen. Öffentlich ziehen die Beuthener Kollegen aus diesen Vorgängen ihre Lehre und sorgen dafür, daß die noch Fernstehenden unserm Verbande zugeführt werden, damit wir auch hier bald bessere Zustände erkämpfen!

Dresden. Generallbericht für Monat August. Ein außerordentlich arbeitsreicher Monat liegt hinter uns. In bezug auf Agitation wurde das menschenmöglichste geleistet, nicht nur in Dresden, sondern auch im Bezirk, insbesondere, wenn berücksichtigt wird, daß ein sehr großer Teil, der zweifellos die Fähigkeit zur Mitarbeit besitzt, sich an rein gar nichts beteiligt. Das System der Hausagitation, wie es in Dresden ausgebaut ist, hat sich bisher zweifellos bewährt, obgleich ein abschließendes Urteil noch nicht gegeben werden kann. Aufklärung über die Elementar begriffe der Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, war eine der vornehmsten Aufgaben der Verbandsleitung in diesem Monat. Von Zeit zu Zeit wird sich das auch immer wieder nötig machen. Die Genossin Grabnauer sprach in fünf Betriebsversammlungen über: „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften“. Insgesamt fanden 16 Betriebsversammlungen statt, wovon einige über das Wesen der Alfordarbeit und ihre Nachteile für die Berufsangehörigen, Klärung schafften.

Die Sektion der Bäcker in Dresden setzte an Stelle der Mitgliederversammlung eine Besichtigung der „Waldfischbäckerei“. Die Teilnahme war als gut zu bezeichnen. Die Mitgliederversammlung der Fabrikbranche Dresden hörte einen Vortrag des Kollegen St. über: „Feuer, Eisen, Gold! Ein Stück Kulturgeschichte!“ Der Vortragende entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise. Im zweiten Punkt kamen allgemein interessierende, An- gelegenheiten nicht zur Sprache.

Eine öffentliche Versammlung für die Berufsangehörigen der Fabrikbranche tagte am 4. August in Pirna. Sie war die Ergänzung der am Sonntag vorher vorgenommenen Hausagitation. Die Versammlung zeigte ein wahres Gloriosa, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Lohnzahlung, Behandlung lassen alles zu wünschen übrig. Macht die Organisation dort weitere Fortschritte, so wird es dort auch möglich sein, menschenwürdige Zustände zu erzielen.

Die Hausagitation am Sonntag am 29. August, wo die Diskussionsfabrik Gebrüder Schmidt circa 50 Personen beschäftigt, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Eine Besprechung am Nachmittag mußte ausfallen, da verschiedene Veranstaltungen von Turn- und Schwimmvereinen arrangiert waren, wo unsere Berufsangehörigen ihren Mann stellten. Anfangslohn für Arbeiterinnen bei zehnstündiger Arbeitszeit ist M. 6 pro Woche, der später auf M. 6,60 bis M. 9 steigt. Waffelbäckereien kommen bei Alfordskücherei bis zu M. 3 pro Tag. Das sind aber nur einige Kolleginnen, die zweifellos heiligen Unterleibskrankungen ausgelegt sind. Die Bäcker verdienen M. 18 bis 22, sind teilweise 10 und 15 Jahre im Betriebe. Anfangslohn M. 12 bis M. 14. Die wenigen Konditoren verdienen M. 27 bis M. 30; ein Mann, welcher jetzt weggeht, M. 35 pro Woche. Dabei kann aber von billiger Lebenshaltung in dieser Provinzstadt nicht gesprochen

werden. Eine neu einzuberufende Versammlung soll sich nun eingehend mit den weiteren Maßnahmen beschäftigen. Durch Einigkeit wird auch hier etwas zu erreichen sein.

Auch in Bautzen scheint es, als wollten die Kollegen ihre Gleichgültigkeit ablegen.

Eine Mitgliederversammlung in Neugersdorf beschloß, um die Kollegialität zu pflegen, einen Ausflug am 5. September nach dem Rottmar mit anschließendem Tanzchen.

Hamburg-Altona (Fabrikbranche). Am 7. Septbr. tagte für die beiden Betriebe B. W. Gaedke und Langnese in Hamburg-Eppendorf eine Versammlung, welche leider infolge zu später Verteilung der Einladungen nur mäßig — circa 90 Personen — besucht war. Lehmann referierte über: „Steuerpolitik und Frauenarbeit“ und fand dabei reichlich Gelegenheit, auch die speziellen Arbeitsverhältnisse in den beiden Fabriken zu kritisieren; er erntete für seine Ausführungen lebhaftesten Beifall. Näher darauf hier einzugehen erübrigt sich, da wir schon wiederholt die dortigen Zustände geschildert haben. Die Diskussion gestaltete sich durch das Eingreifen des im früheren Konditorenverbande hinreichend bekannt gewesenen Herrn Hüls, der jetzt den technischen Betriebsleiter der Firma B. W. Gaedke vorstellt, äußerst interessant. Welche Rolle der Herr in der Versammlung spielen wollte, kann man daran er- messen, daß er vor Eröffnung derselben ohne weiteres einen Aufnahmehchein zum Verbands, den ihm ein Kollege jedem Anwesenden ein Glas Bier oder alkoholfreies Getränk ansahen ließ, welches von den Meisten, da sie jedersfalls einen andern Wohltäter vermuteten, natürlich konsumiert wurde. Er behauptete, die Kritik Lehmanns und der weitem Diskussionsredner sei übertrieben ungünstig; insbesondere habe er allen Wünschen der Betriebsarbeiter Rechnung getragen. Wuchmäßig könne er nachweisen, daß die Gehilfen bei Gaedke-Ottensen bis M. 63 die Woche, und die Arbeiterinnen von M. 16 bis M. 22 verdienen. Er werde auch danach streben, daß im Eppendorfer Betriebe der Firma bessere Verhältnisse geschaffen würden. Allerdings könnten vielleicht Jahre darüber vergehen, ehe die maßgebenden Herren einsehen, daß dies eine Notwendigkeit sei. Ganz besonders empört war der eifrige Verteidiger der Firma (der sich nebenbei darauf berief, daß er als Kollege von der Pöke aufgebietet habe), weil Lehmann nochmals die bekannte Tatsache anführte, daß ein früherer Betriebsleiter einer Arbeiterin, welche Lohnzulage verlangt hatte, riet, abends nach dem „Jungfernstieg“ zu gehen. Das wolle er beweisen haben. So etwas käme im Betriebe Gaedke nicht vor.

Die Versammelten waren nicht schlecht erstaunt, daß es ihnen so gut gehen solle und daß sie ohne große Mühe noch zu bedeutenden Verbesserungen kommen sollten — aber geglaubt haben sie die Märchen nicht. Dem nachfolgenden Redner war es ein leichtes, den Phantasien des Herrn Hüls Tatsachen entgegenzuhalten. Eine Arbeiterin führte auch aus, daß ihr ebenfalls vor einigen Jahren einmal ein Abteilungsleiter — der jetzt in Danemark aufgetauchte Klawitter — den sie um Zulage bat, da sie als völlig alleinstehende Person von M. 9,60 Verdienst nicht leben konnte, erwiderte: „Sie müssen mehr arbeiten, oder gehen Sie doch, da sie ein hübsches Gesicht haben, abends nach St. Pauli; da will mancher Herr M. 20 los werden.“ Aus dem lebhaften Beifall und den Zurufen, welche alle Redner fanden, wird Herr Hüls wohl erkannt haben, daß es der Arbeiterschaft der Firma gar nicht einfallt, wegen eines Schoppen Bieres ihm ihre Zuneigung zu schenken. Damit hat er in Hamburg kein Glück, und wir haben tatsächlich ihn für etwas schlauer gehalten, als daß er sich so leichtsinnig in die Unkosten stürzt. Den Inhabern der Firma Gaedke vor allen darf man aber nun wohl einmal raten, daß sie der Organisation ihrer Arbeiter endlich etwas Gehör gibt; denn ihr Vorteil kann es doch nicht sein, wenn alle Beschwerden über Behandlung, Bezahlung und sonstige Mißstände immer wieder zuerst in öffentlichen Versammlungen und in der Presse behandelt werden müssen, weil eben die Herren für die Vertrauensleute ihrer Arbeiter nicht zu sprechen sind.

Magdeburg. Eine am 2. September stattgefundene Versammlung der hiesigen Bäckergesellen befaßte sich mit dem vor kurzem stattgefundenen Unterverbandsstag der Bäckermeister des hiesigen Bezirks. An der Hand der Berichte der Meisterpresse über diese Tagung konnte der Referent Magte all die arbeitserfeindlichen Beschlüsse und Resolutionen, die dort angenommen wurden, einer scharfen, aber gerechten Kritik unterziehen. Ganz besonders konnte er den bisher sich als meistertreu bezeichnenden Kollegen nachweisen, wie ihnen dort ein Fußtritt nach dem andern versetzt worden ist. Wie als Dank für ihr Entgegenkommen und für ihre Zufriedenheit sie nichts anderes als Versprechungen, die man nicht hält, wie z. B. das Versprechen einer sechzehntägigen Sonntagsruhe in Magdeburg, erhalten haben. Es kann dies nur anders werden, wenn sich auch die hiesigen Gesellen ihrer Organisation, dem Verband der Bäcker und Konditoren, anschließen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden. — Ganz besonders wurde nach noch von einigen Kollegen angeführt, daß die hiesige Bruderschaft, der Stolz Wischnobskis und des gemeinsamen Hartmann, aus dem Bunde ausgetreten sei. Nur der Vorstand — neun Mann — gehöre noch dem Bunde an; das ist der Rest der stolzen Herrlichkeit. Die Magdeburger Kollegen fangen an, einzusehen, daß sie jahrelang an der Nase herumgeführt worden sind. Wo ist der Minimallohn? Wo ist die Sonntagsruhe, die man uns versprochen hat? Und wo sind die Führer hingegangen, die uns erzählt haben, an den „Fleischböcken“ und in den „Salons“ der Bäckermeister ist es unerlässlich schön? Als Arbeiter außer Kost und Logis sind sie zu finden. Öffentlich zieht nun jeder die Konsequenzen aus dem allen, indem er sich dem Verband der Bäcker und Konditoren anschließt, um durch dessen Kraft noch mehr zu holen, als bisher versprochen und uns niemals gewährt worden ist.

Saarrevier. Hausagitation im Saarrevier. Zu dieser Frage schreibt uns ein Kollege S. M.:

Dieser Punkt, der heute in ganz Deutschland im Vordergrund steht resp. stehen sollte, zwingt mich dazu, einige ernste Worte an die Kollegen im Saarrevier zu richten; denn ich glaube mit Recht behaupten zu können, daß nirgends eine größere Gleichgültigkeit unter den Kollegen besteht, wie hier in diesem Revier. Die meisten derjenigen, die in unsrer Mitglieder- versammlung am 1. August anwesend waren, gingen ganz sicher mit der Hoffnung nach Hause, daß von allen Seiten die Agitation zu der öffentlichen Versammlung am 16. August energisch betrieben werde; ich habe allerdings an der Energie noch etwas gezweifelt. Wie recht ich hatte, lehrt die Erfahrung mit dieser Versammlung.

Der Vorsitzende hat ja, wie anerkannt werden muß, sich alle Mühe gegeben, eine Versammlung zustande zu bringen und deshalb auch am letzten Donnerstag nochmals eine einberufen. In dieser haben dann nahezu alle Kollegen, welche auf dem Lande arbeiten, durch Abwesenheit gegläntzt.

Ja, Kollegen! Wie sollen wir bei einer berattigen Lage, wie sie hier herrscht, vorwärts kommen? Es ist vollständig ausgeschlossen, daß wir auf diese Weise Fortschritte machen. Jeder Kollege hat doch neben seinen materiellen auch moralische Verpflichtungen, und dazu rechne ich in erster Linie die Agitation; denn wir können doch unsern Vorstand, der dazu noch auf dem Lande arbeitet, das nicht alles allein überlassen; hier muß jeder einzelne Kollege mit eingreifen, um die Bewegung vorwärts zu bringen. Eine öffentliche Versammlung allein macht das auch nicht. Die stetige Fühlungnahme mit dem einzelnen indifferenten Kollegen ist und bleibt die beste Agitation, und wenn sie richtig betrieben wird, dann werden wir auch hier im Saarrevier allmählich die uns noch fernstehenden Kollegen für unsere hehre Sache überzeugen können. Es wird noch viele Mühe kosten, bis wir dieses Ziel erreichen, aber einmal werden und müssen wir es erreichen.

Noch manches Mal mag sich die Sonne wenden,
Bis einstens wird der neue Hauch verpflüzt,
Bis es gelingt, den Tunnelbau zu enden,
Der durch das Dunkel zu dem Lichte führt;
Bis uns die Freiheit, wenn die Nebel weichen,
Als Herrscherin des Erdenballs erscheint —
In ew'ger Eintracht, ew'gen Friedens Zeichen,
Die eine Welt — ein Menschentum vereint.

Polizei und Gerichte.

Nachklänge von der Dresdner Bewegung. Im Frühjahr 1908 traten die Dresdner Bäckergehilfen beinahe in eine Lohnbewegung. Der Kampf nahm schärfere Formen infolge der Haltung der Meister an. Das hiesige Einigungsamt suchte zwischen beiden Parteien zu vermitteln und es fand eine Sitzung statt. Beide Parteien versprachen, den gefällten Schiedsspruch bei ihren Auftraggebern zu vertreten. Die Gehilfenvertreter kamen ihrem Versprechen nach und brachten den Schiedsspruch zur Annahme. Die Innungsvertreter dagegen vertraten nicht nur nicht den Schiedsspruch, sondern plädierten sogar für Ablehnung desselben. Dieses Verhalten erregte natürlich unter den Gehilfen große Enttäuschung. In einem von dem Bäckergehilfen Ernst Albin Fichte als Verleger gezeichneten Flugblatt an die Bevölkerung wurde das als „schöne Handlungsweise“ und als „Bruch des Ehrenwortes“ bezeichnet. In dem Flugblatt waren auch die Innungsvertreter Wendt, Kunkisch, Wude, Simbach und Obermeister Wienert genannt. Alle, außer Wendt, strengten gegen Fichte Privatklagen an. Vorher hatte aber eine Anzahl Genossen wegen dieses Flugblattes Strafverfügungen wegen Wohlstands erhalten. Fichte eine solche über drei Tage Haft. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 10. Das Privatklagenverfahren gegen Fichte wurde als unzulässig zurückgewiesen; nicht etwa deshalb, weil Fichte bereits wegen dieses Flugblattes bestraft war, sondern weil nach Ansicht der Behörden ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung Fichtes vorlag. (1) Die Staatsanwaltschaft erhob gegen ihn Anklage. (1) Am 21. November 1908 wurde Fichte wegen öffentlicher Beleidigung der als Nebenkläger auftretenden Bäckermeister zu 150 Geldstrafe verurteilt; außerdem wurde auf mehrmalige Publikationsbefugnis in nicht weniger als vier Dresdner Tageszeitungen erkannt. In der Urteilsbegründung wurde damals gesagt, es sei ungläubhaft, daß Fichte der Verfasser des Flugblattes sei. Er sei nur als Verleger vorgeföhoben und habe dafür eine besser dotierte Stellung im Konsum erhalten. (1) Der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) könne von F. wohl in Anspruch genommen werden, aber aus der Form gehe die Absicht der Beleidigung hervor.

Gegen dieses Urteil legte Fichte in vollem Umfange Berufung ein. Er bleibt auf seiner Behauptung, der Verfasser zu sein, bestehen und macht geltend, daß er nach den empfangenen Informationen gar nicht anders hätte schreiben können. Der als Zeuge vernommene Obermeister Wienert bestreitet, daß ein Versprechen der Meister vorgelegen habe, den Schiedsspruch zu vertreten. Die Meister wollten erst gar nicht zu den Einigungsverhandlungen gehen. Schließlich kamen sie aber überein, hinzugehen und lediglich die Erklärung abzugeben, daß sie sich nicht einigen wollten. Dazu sei es aber nicht gekommen. — Obergerichtsrichter Stübing erklärte in der ersten Instanz, die Bäckermeister hätten auf seine Aufforderung, den Schiedsspruch zu vertreten, keine ausdrückliche Erklärung abgegeben, aber auch keinen Widerspruch erhoben. Er habe daraus den Eindruck gewonnen, daß alle Vertreter den Schiedsspruch bei ihren Auftraggebern auch durchdrücken wollten. — Der Bäckermeister Kunkisch behauptet, sie seien nur „gezwungenemmaßen“ auf Veranlassung Wendts auf das Einigungsamt gegangen, und hätten überhaupt nicht gewußt, was sie dort sollten, da von solchen Tariffragen gar keine eine Ahnung gehabt hätte. Sie wollten aber nicht verhandeln, sondern Wendt sollte die direkte Erklärung abgeben, daß sie eine Einigung ablehnen. Merkwürdigerweise habe Wendt aber die Erklärung nicht abgegeben. Als er selbst nun diese Erklärung abgeben wollte, habe ihn der Vorsitzende unterbrochen mit den Worten: „Sie haben hier nichts zu erklären; hier wird verhandelt!“ Da der Bäckerverband den „Untergang des Kleingewerbes auf seine Fahne geschrieben“ habe (1), wollten sie ihn nicht als Vertreter der Gesellen anerkennen. Sie müßten den Schiedsspruch ablehnen, weil sie bei seiner Annahme mit dem Verbands in eine Tarifgemeinschaft träten. Als in der nächsten Innungsvorstandssitzung Obermeister Wendt für den Schiedsspruch eintrat, sei dies vom Innungsvorstand abgelehnt worden. Um vor der Innungsversammlung einzutreten, seien dann alle für die Ablehnung des Schiedsspruches eingetreten. — Arbeitersekretär Bud hat ebenfalls an der Sitzung des Einigungsamtes teilgenommen. Nach der ziemlich langen Sitzung stellte Obergerichtsrichter Stübing an die einzelnen Parteien die Frage, ob sie alles einsehen wollten, den Schiedsspruch durchzudrücken. Die Gehilfenvertreter sicherten dies zu und für die Meister erklärte einer — seines Wissens Obermeister Wendt —, sie würden dafür eintreten; ob die Innung den Schiedsspruch aber annehmen werde, sei fraglich. Hierauf erfolgte von den übrigen Meistern kein

Widerspruch und er habe deshalb ohne weiteres angenommen, daß der Schiedsspruch durchgedrückt werden würde.

Die Berufung wurde verworfen. Den Nebenklägern wird nur eine einmalige Publikationsbefugnis in den vier Zeitungen zugesprochen. F. sei zweifellos nicht der Verfasser des Flugblattes, aber er habe daran mitgewirkt. Ohne weiteres sei anzunehmen, daß F. die berechtigten Interessen seiner Kollegen wahren wollte, gleichzeitig aber wollte er auch die Bäckermeister in der öffentlichen Meinung herabsetzen. Die Strafe sei nicht zu hoch; zweckmäßig sei eigentlich eine Gefängnisstrafe gewesen. (1)

Während des Bäckerstreiks gab die Lohnkommission der Friedrich-August-Mühle in Dölzsch ein Flugblatt heraus, das in unfrischer Parteidruckerei Raden u. Comp. hergestellt wurde. Nach 14 Monaten erhielt deswegen unser Genosse August Raden eine Strafverfügung über fünf Tage Haft wegen Verurteilung. Genosse Raden beantragte richterliche Entscheidung und machte geltend, daß er für dieses Flugblatt gar nicht verantwortlich gemacht werden könnte. Er habe eine Zigarrenfabrik, um die er sich kümmern müsse und sei außerdem zur damaligen Zeit im Reichstage gewesen. Weil er sich nicht um den Verlag näher kümmern könne, sei die Verantwortung dem Prokuristen Wallfisch übertragen worden. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein so großer Betrieb wie der von Raden u. Comp. von einer Person übersehen werden könne. Man könne demnach auch den Prokuristen nicht für jeden kleinen Druckauftrag verantwortlich machen. Er beantragte seine Freisprechung. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß mit der Begründung, es ließe sich nicht einmal eine Fahrlässigkeit nachweisen. Im übrigen schloß es sich den Ausführungen Radens voll an.

„Mensch, bezahle meine Schulden!“ So ruft ein ehemaliger Bäckermeister und jetziger Farbarbeiter in Gelsenkirchen, Fridolin Zimmer mit Namen, dem Breslauer Gewerkschaftsartikel und der Ortsgruppe des Bäckerverbandes zu und verklagt sie auf Schadenersatz für den Wohlstand von 1906 in der Höhe von M 4500, die er seinen Lieferanten noch schuldet. Außerdem wünscht der Herr noch die Kleinigkeit von M 5400 in bar ausgezahlt zu erhalten. Etwas weniger anspruchsvoll tritt der frühere Bäckermeister jetzige Bäckergehilfe Lorenz Pocha auf, der sein Geschäft Tschepnerstraße 8 hatte und nur M 1000 Schadenersatz nebst Zinsen einflagt. Der dritte im Bunde ist Herr Moses, Inhaber einer Bäckerei auf der kurzen Gasse 71. Sie alle im trauten Verein glauben ein Recht zu haben, sich an den Verbandskassen der Arbeiter schadlos zu halten. Sie werden sich etwas gedulden müssen.

Gewerbegerichtliches.

Verlassen der Arbeit wegen Bedrohung. Dem Bäckergehilfen B. wurde, als er seinen Meister Moll in Köln a. Rh. wegen des Essens zur Rede stellte, von diesem angedroht, daß er ihm den Schädel mit dem Bierfingerring einschlagen werde. Darauf verließ dieser gern die freundliche Stätte und klagte auf acht Tage Entschädigung. Im ersten Vergleichstermin suchte Herr Moll das Lamm zu spielen und wollte noch Entschädigung haben, weil der Geselle wegelaufen sei. Im zweiten Termin — das Geschäft ist in Konkurs — erklärte der Konkursverwalter, daß die Forderung nicht zur Konkursmasse gehöre, da der Betrieb auf den Namen der Frau Moll gehe. Natürlich wurde nun die Klage gegen die Ehefrau angestrengt und schließlich dem Kläger antragsgemäß M. 24,55 zugesprochen. Nun geht, nebenbei gesagt, das Geschäft auf den Namen der Mutter der Frau Moll, und solche „Meister“ nennen sich dann noch Geschäftskleute.

Verlassen der Arbeit ohne Kündigung wegen Mißhandlung. Ein Kölner Bäckermeister (Schneider) war von seinem Gesellen auf Zahlung von M 13,90 Lohnrest verklagt worden. Der Meister machte geltend, er halte den Betrag ein, weil der Kläger vertragsbrüchig geworden sei; er habe ohne Kündigung die Arbeit niedergelegt. Der Kläger wandte ein, daß er seines Lebens nicht sicher gewesen sei; der Beklagte habe ihn fürchtbar verhalten. Der Meister sagte mörklich: „Der Geselle wollte mich bedrohen, und da habe ich ihn gehörig abfamistolt (durchgehauen); andern Tages wollte er mich wieder bedrohen, und da habe ich ihn wieder gehörig abfamistolt und ihn in sein Zimmer gesteckt und dieses abgeschlossen.“ Der Vorsitzende meinte: „Na, Ihre Frau möchte ich auch nicht sein; das ist ja Freiheitsberaubung!“ Hierauf erhob sich im Zuschauerraum eine Frau, die sich als Gemahlin des Meisters vorstellte. „Nun,“ fragte der Vorsitzende, „hat der Geselle Ihren Mann bedroht?“ — „Dat Schwein...“ hob die Frau, zu dem Gesellen gewandt, an. Schleunigt mußte sie dann zu ihrer eigenen Sicherheit aus dem Gerichtssaal entfernt werden. Der „schlagfertige“ Bäckermeister wurde zur Zahlung des eingeklagten Betrages verurteilt. Der Beklagte gab selbst zu, daß er den Kläger mehrmals erheblich mißhandelt und der Freiheit beraubt hat. Unter diesen Umständen kann nicht verlangt werden, daß der Kläger auch noch die Kündigungszeit aushält.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Generalkonflikt in Schweden. Die neue Woche hat eine bedeutsame Wenderung der Kampfart der schwedischen Gewerkschaften gebracht, welche zum Teil auf die Vermittlungsversuche des staatlichen Vergleichsbeamten, Herrn Cederborg, zurückzuführen ist. Nachdem die Forderung der Regierung, mehrere Gruppen der Ausständigen gewissermaßen zur Bestrafung auszuliefern, von der Streikleitung entschieden zurückgewiesen worden war, hatte sie sich bereit erklärt, daß die Arbeit zunächst bei allen außerhalb des schwedischen Arbeitgeberverbandes stehenden Unternehmern wieder aufgenommen werden sollte, wenn in bestimmter Aussicht stehe, daß ein staatliches Eingreifen zur endgültigen Beilegung des Konfliktes auf der ganzen Linie erfolge. Diese Aussicht hielt das Landessekretariat für gegeben; denn es hat dann die Parole veröffentlicht, daß am vergangenen Montag in den genannten Betrieben wieder gearbeitet werden könne. In Betracht kamen dafür 100 000 Arbeiter, während 163 000 noch weiter im Ausstand bei denjenigen Unternehmern, die zuerst die Ausperrungen vorgenommen und den Generalkonflikt provoziert hatten, beharren sollten. Der Parole zur Arbeitsauf-

nahme ist aber nach den bisher vorliegenden Mitteilungen nicht im vollen Umfange nachgegeben worden; ein Teil der Arbeiter ist mit dieser Parole nicht einverstanden, weil sie glauben, daß die Kraft der Organisation auch noch weiter zum Kampfe im früheren Umfange ausgereicht hätte. Ob die Erwartung der Streikleitung, daß die Regierung nach dem jetzigen Entgegenkommen nun ernstliche Vermittlungsversuche einleiten werde, in Erfüllung geht, ist nach den letzten Nachrichten in der Tat fraglich. Es bleibt die Möglichkeit offen, daß der Kampf aufs neue in vollem Umfange wieder einsetzt und nach wie vor rechnen die Schweden auf kräftigste Unterstützung aus dem Auslande, wenn ihr Sieg ein vollständiger werden soll.

Lohnbewegung im Malergewerbe. Zu den am 31. Dezember 1909 ablaufenden Tarifverträgen und den in Aussicht genommenen Verhandlungen für den Abschluß eines Normaltarifvertrages über Deutschland haben 238 Bahnhöfen des Verbandes der Malergewerkschaften Forderungen gestellt. Diese sind in tabellarischer Form zusammengestellt und in einer gedruckten Broschüre vom Vorstande dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände eingereicht. Für die Lohnbewegung kommen 32 736 Mitglieder in Frage, während sich die übrigen 8000 bis 9000 Mitglieder auf Orte verteilen, wo der Arbeitgeberverband noch keinen Fuß fassen konnte oder in Fabrikarbeiterbetrieben und Schiffswerften beschäftigt werden. An dieser Lohnbewegung sind 42 Orte beteiligt, die bereits im vorigen Jahre einer Verlängerung des Tarifvertrages zugestimmt und so seit vier Jahren eine Aufbesserung des Lohnes nicht erhalten haben. Die Verlängerung der Arbeitszeit wird in 181 Orten gefordert, und zwar wie folgt: 4 Orte um täglich eine Viertelstunde, 126 Orte um täglich eine halbe Stunde, 30 Orte um je eine Stunde und ein Ort um eineinhalb Stunden. Die Orte Berlin, Hamburg und Bremen verlangen die achteinhalbstündige Arbeitszeit, während es sich in allen übrigen Orten um die neunstündige und neuneinhalbstündige Arbeitszeit handelt. Die Erhöhung des Stundenlohnes wird in 231 Orten verlangt, durchschnittlich eine zehnprozentige Aufbesserung. Dreijährige Tarifdauer ist eine ziemlich einheitliche Forderung aller Orte. Die Hoffnung auf eine friedliche Verständigung zwischen den Organisationen ist nur gering, da bereits der Arbeitgeberverband auf dem Malertage in Dresden sich gegen jegliche Lohnaufbesserung ausgesprochen hat. Streiks oder eine größere Ausperrung im kommenden Frühjahr sind daher für das Malergewerbe nicht ausgeschlossen.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Binnen-schiffer. Zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Hafenarbeiterverband, sowie dem Verband der Maschinisten und Geizer wurde ein neuer Tarif kürzlich vereinbart. Die Löhne sollen vom 1. Oktober 1909 ab um M 5 pro Monat und vom 1. Januar 1911 ab wiederum um M 5 erhöht werden. Überstunden werden von 6 Uhr abends ab mit 50 % nach 9 Uhr mit 80 % bezahlt. Beide Parteien verpflichteten sich, diese Vereinbarungen streng innezuhalten und weder höhere Löhne zu verlangen noch niedrigere Löhne zahlen zu wollen. Maßregelungen finden nicht statt; Entlassungen und Kündigungen sind zurückgezogen. Der Tarif gilt bis 31. Dezember 1912.

Damit ist ein drohender großer Kampf der Binnenschiffer, der Maschinisten und Geizer auf der Elbe, Moldau, der Saale und den märkischen Wasserstraßen, der in letzter Zeit sehr großen Umfang anzunehmen drohte, mit für die Arbeiter annehmbaren Zugeständnissen beendet.

Der christlichen Arbeiterführer Saat und Ernte. Die bloßfreundlichen Taten der christlichen Gewerkschaftsführer, die in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete die Finanzreform halfen unter Dach und Fach bringen, und die dadurch mißschuldig an der hohen Steuerbelastung des Volkes sind, wären jedenfalls mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt worden, wenn nicht unsere Partei- und Gewerkschaftspresse dafür gesorgt hätte, daß diese Ruhmestaten weiten Volkskreisen bekannt gemacht wurden. Im einzelnen haben es sich unsere Gewerkschaften angelegen sein lassen, ihren Berufsgenossen und insbesondere ihren christlich organisierten Kollegen ad oculus zu zeigen, was Geistes Kind die christlichen Gewerkschaftsführer sind. Die Herren Führer haben zwar bezweifelnde Versuche gemacht, um ihren Mitgliedern einzureden, daß sie als Parlamentarier nicht immer so handeln könnten, wie gewerkschaftliche Pflicht ihnen gebietet. Eine vage Ausrede, die nur bei den leichtgläubigsten Mitgliedern verfangen kann. Für eine ungeheure Verteuerung der Lebensmittelpreise stimmen und zugleich Lohnaufbesserungen für die Gewerkschaftsmitglieder vertreten wollen, ist für den rechtlich denkenden und handelnden Gewerkschaftsführer ein Übel. Zu erwarten wäre, daß solche einfache und logische Folgerung in den Kreisen der christlichen Gewerkschaftsmitglieder allgemein eindringen und zu der einzig richtigen Konsequenz führen müßte, sich von diesen Gewerkschaften loszusagen, denn solche Führer haben mit ihrer Handlung das Recht verwirkt, Arbeiterinteressen vertreten zu können. Vereinzelt geschieht das wohl auch durch den Uebertritt von Einzelmitgliedern aus den christlichen Gewerkschaften in unsere Verbände, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfährt.

Einen korporativen Uebertritt vollzog aus diesem Anlaß eine Zahlstelle des christlichen Gärtnerverbandes, weil sie die Taten ihres Führers, Franz Wehrens, richtig bewertete. Der Verein „Flora“ in Briß-Berlin vollzog den Uebertritt mit folgender Erklärung:

„Wir Unterzeichneten haben den festen Entschluß gefaßt, aus den christlichen Gewerkschaften auszuscheiden. In der jetzigen wirtschaftlichen Krise ist es uns nicht möglich, die Interessen der christlichen Gewerkschaften weiter zu vertreten, da wir sehen müssen, daß und wie in einer berattigen Zeit unser Vertreter, Herr Reichstagsabgeordneter Wehrens, im Zusammenschluß mit bürgerlichen Parteien uns zu weiteren Lasten verhilft. Er tritt nicht für, sondern gegen das Wohl der gesamten Arbeiterschaft auf. Aus diesen Gründen und noch vielen andern, die sich mündlich besser erklären lassen (persönliches Strebertum in der Leitung des D. G. B., schlechte Rassenverhältnisse usw. D. Red.), ersuchen wir um Aufnahme in die freien Gewerkschaften, resp. in den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein. . . .“

Wir Unterzeichneten, ehemalige Mitglieder des D. G. B. und speziell meine Person, als erster Vorsitzender des

Vereins, werden alles daran setzen, um den Verein unter dem Banner des Allgemeinen Deutschen Bäckervereins in die Höhe zu bringen. (Folgen 15 Unterschriften.)
Langsam reift die Ernte von der bürgerlichen Saat, die die christlichen Volksvertreter im Dienste des Schnapsblockes mit Säen halfen!

Genossenschaftliches.

Kampf der Mainzer Bäckermeister gegen den Konsumverein. Bekanntlich ist den Konsumvereinen der Verkauf an Nichtmitglieder untersagt und auch der Mainzer Konsumverein richtet sich streng nach dieser gesetzlichen Bestimmung, d. h. er verkauft nur an Mitglieder. Im Auftrag der Mainzer Bäckerinnung hat nun der Sprechmeister Sauer in der Verkaufsstelle des Mainzer Konsumvereins, Schnagogenstraße, obwohl er kein Mitglied ist, einen Laib Brot zum Zweck einer Anzeige bei der Steuerbehörde gekauft. Nun ist aber nicht nur den Konsumvereinen der Verkauf an Nichtmitglieder verboten, sondern es können auch Dritte, welche die Lagerhalter zu unbefugter Warenabgabe zu verleiten suchen, bestraft werden. Der Konsumverein hat daher den Spieß umgedreht und den Sprechmeister und Denunzianten Sauer bei der Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz zur Anzeige gebracht.

Der Konsumverein Schney, Station Lichtenfels in Bayern, liefert in bester Ausführung Bäckerei-, Transport- und Kohlenkörbe, worauf wir auch an dieser Stelle nochmals hinweisen wollen. Es bietet sich unserer Kollegenchaft sicher oft Gelegenheit, die Verwaltungen der Genossenschaften mit Bäckereibetrieb auf diese Bezugsquelle hinzuweisen.

Genossenschaften mit Bäckereibetrieb. Nachstehend bringen wir aus den letzten Berichten einer Anzahl Konsumgenossenschaften mit Bäckereibetrieb die Hauptangaben der Geschäftsergebnisse. Einige sollten bei uns allerdings schon früher gebracht werden, mußten aber wegen Raummangels zurückbleiben. Die Zahlen sind zum größten Teil der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ entnommen.

Belgern und Umgegend. Konsumverein. Die Mitgliederzahl beträgt 871; der Warenumsatz betrug in sechs Monaten M. 48 000. Seit dem 1. November vorigen Jahres betreibt der Verein eine Bäckerei mit einem zweifelhigen Einschleß-Dampfbrot. Die praktisch eingerichtete Musteranlage kostete M. 11 000. In den drei Monaten wurden für zirka M. 9000 Waren hergestellt.

Bielefeld. Konsumverein. Der Gesamtumsatz betrug im ersten Halbjahr 1909 M. 1 622 865, ein Mehrumsatz gegen die gleiche Zeit des Vorjahres von M. 198 375. Der Brotumsatz betrug im Monat Juni 1909 M. 90 910, im gleichen Monat des Vorjahres M. 77 425.

Brandenburg. Konsumverein „Vorwärts“. Der Warenumsatz betrug im vorigen Jahre M. 1 286 060, gegen das Vorjahr weniger M. 26 258. Die Bäckerei produzierte für M. 389 149 Backwaren. Der erzielte Uberschuß betrug nach Abzug sämtlicher Unkosten M. 18 687. Beschäftigt wurden 49 Personen inklusive 30 Austrägerinnen.

Braunschweig. Allgemeiner Konsumverein. Der Bericht bezieht sich auf die Monate Juli bis ultimo Oktober 1908. In diesen vier Monaten ist der Warenumsatz um M. 125 201,59 gestiegen. Auch die Bäckerei hatte erhöhten Umsatz. Im Oktober wurden pro Tag 3326 Schwarzbrote und 19 868 Weißbrote gebaden.

Cannstatt-Feuerbach. Spar- und Konsumverein. Im eigenen Geschäft wurden für M. 849 632,41 Waren umgesetzt, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von etwa M. 150 000. Die Bäckerei produzierte insgesamt 649 972 kg Brot mit einem Verkaufswert von M. 192 012,37 oder im Durchschnitt täglich 43½ Zentner.

Dresden-Bieschen. Konsumverein. Die Mitgliederzahl beträgt 6010, der Umsatz M. 1 914 285, der Reingewinn M. 203 228. Die Bäckerei dieses Betriebes hatte einen Umsatz von M. 475 864. Er liefert jetzt auch das Brot für den Konsumverein Striesen. Beschäftigt sind 23 Personen, außerdem noch eine Anzahl Brötchenaussträgerinnen.

Ehrenfriedersdorf und Umgegend. Konsum- und Sparverein. Der Reingewinn in der Materialkasse betrug M. 30 411,98; in der Bäckerei war ein Reingewinn von M. 5681,40 vorhanden. Ein Antrag, das Brot ohne Gewährung von Rabatmarken zu verkaufen, wurde angenommen.

Eiberfeld. Befreiung. Der Verein konnte auf eine zehnjährige Entwicklung zurückblicken. Im verflorenen Jahre wurden umgesetzt M. 2 932 894,82. Aus dem Bäckereibeschluß ist erwähnenswert, daß der Backwarenverkauf in den Verkaufsstellen M. 600 207,06 erreicht, bei der Brudergenossenschaft „Solidarität“ in Ohligs, die von hier die Backwaren bezieht, M. 154 773,57. Der Uberschuß der Bäckerei beläuft sich auf M. 9042,97 bei einem Bilanzabschluß von M. 778 899,32.

Erlangen. Konsum- und Sparverein. Der Umsatz betrug im zweiten Halbjahr M. 232 925 gegen M. 225 683 in gleicher Zeit des Vorjahres. Die Brotproduktion ist von M. 73 239 auf M. 83 455 angewachsen.

Frankfurt a. M. Konsumverein. Im zweiten Halbjahr 1908 wurden für M. 1 268 000 Waren umgesetzt. Die Abteilung Bäckerei produzierte im gleichen Zeitraum 2 240 214 Z Brot, gegen die gleiche Zeit des Vorjahres 349 733 Z mehr.

Freiburg i. Br. Lebensbedürfnis- und Produktivverein. Im 44. Geschäftsjahr brachten 3179 Mitglieder einen Warenumsatz von M. 973 001,53, womit M. 59 185,69 erübrigt wurden. Die Bäckerei hatte einen Umsatz von M. 337 461,03. Gebaden wurden 830 212 Brote und 1 868 103 Beiden, wozu man 11 399 Zentner Weizen und 4538 Zentner Roggenmehl verbrauchte.

Halberstadt. Konsumverein. Bei einem Umsatz 1908 von M. 439 398,01 wurden in der Bäckerei für M. 164 000 Waren hergestellt. Der Reingewinn aus dieser Abteilung betrug M. 3866,03.

Hamburg-Altona. „Produktion“. Der Verein feierte bekanntlich in diesem Jahre sein zehnjähriges Jubiläum und kann auf eine beispiellose Entwicklung zurückblicken. Im Jahre 1908 betrug sein Umsatz M. 8 041 755,32, der Reinertrag M. 390 591,97. Die Bäckerei hatte in diesem Jahre einen Umsatz von M. 1 090 081,81 und erzielte einen reinen Uberschuß von M. 44 786,34 oder 4,6 pZt. des Umsatzes, wobei vorher 10 pZt. des Umsatzes als Verkaufspreisen in Abzug gebracht worden

sind. Die „Produktion“ bewirkt in weitgehendstem Maße das Prinzip der Eigenproduktion und hat 1908 bereits 44 pZt. seines gesamten Warenumsatzes in eigenen Betrieben hergestellt oder bereitet. Den Hauptanteil dieser Waren erzeugte die Bäckerei und die moderne Großschlachtere, die der Verein gleichfalls eingerichtet hat.

Hamburg, Wilhelmsburg und Umgegend. Konsumverein. Geschäftsbericht vom ersten Halbjahr 1908/1909. Der Umsatz betrug M. 421 084,67, der Reinertrag M. 9019,82. In der Hauptsache trug der erzielte Umsatz von M. 188 666,77 in der Bäckerei und Konditorei zu dem befriedigenden Ergebnis bei.

Magdeburg und Umgegend. Konsumverein. Der Umsatz betrug 1908 M. 4 825 889,37, gegen das Vorjahr weniger M. 552 017,44. Die Mitgliederzahl betrug 11 733 gegen 15 002 am Jahresanfang. Die Produktion in der Bäckerei stellte sich auf 2 612 434 Stück Schwarzbrot sowie für M. 575 136,45 Weißbrot und Kuchengebäck.

Mensfeldt. Konsumverein. Der gegen das Vorjahr bedeutend vermehrte Umsatz betrug M. 1 927 425, die Mitgliederzahl 3011. In der Bäckerei wurden für M. 289 237 Waren hergestellt.

Mühlheim. Konsumgenossenschaft „Hoffnung“. Der Gesamtumsatz betrug im ersten Geschäftshalbjahr 1908/1909 M. 1 621 790,48, in derselben Zeit des Vorjahres nur M. 1 326 316,75. Es wurde ein Reinertrag von M. 138 335,61 erzielt. Der Mitgliederbestand beträgt 15 757. Am 15. Februar wurde die Bäckerei eröffnet, womit die Genossenschaft das Ziel der Eigenproduktion, nach dem sie so lange gestrebt hatte, erreichte. Die Bäckerei funktioniert weit besser, als man es erwarten durfte. In den ersten vier Wochen sind bereits für M. 60 000 Backwaren abgesetzt worden. Es werden gegenwärtig 16 Bäcker und ein Backmeister beschäftigt.

Stettin. Konsum- und Sparverein. Bei einer Mitgliederzahl von 14 039 betrug der Gesamtwarenumsatz M. 2 101 882. Der Gewinn aus demselben ergab M. 247 095,87. Aus Backwaren wurden vereinnahmt M. 692 042,94; hieraus gab sich ein Nettogewinn von M. 102 245,20. Der Aufschwung des Vereins und der günstige Abschluß ist nach dem Bericht in erster Linie der Bäckerei zu verdanken.

Strasbourg i. G. und Umgegend. Konsumverein. Das sechste Geschäftsjahr war das erfolgreichste seit Bestehen der Genossenschaft. Der Gesamtumsatz stieg auf M. 200 829. Mitglieder zählte der Verein 1435. In der Bäckerei betrug der Umsatz M. 58 423,47 gegen M. 36 534,82 im Vorjahre.

Striegau und Umgegend. Konsumverein. Am Schlusse des neunten Geschäftsjahres waren 1663 Mitglieder eingetragen, welche einen Warenumsatz von M. 461 078,67 erzielten. Die Summe der Ertrübrigung beträgt M. 36 576,63. An dem gesamten Mehrumsatz ist auch die Bäckerei stark beteiligt. Der Umsatz in Backwaren betrug vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 insgesamt M. 137 642,50, hingegen im Vorjahre M. 129 974,57, somit eine Zunahme von M. 7667,93. Es wurden an Broten hergestellt: 127 944 Stück à 45 g = M. 57 574,80, 99 684 Stück à 50 g = M. 49 842. Der Wert des sonstigen Gebäcks betrug in diesem Jahre M. 30 225,70, dagegen im Vorjahre M. 26 954,92, in diesem Jahre somit mehr M. 3270,78.

Stuttgart. Spar- und Konsumverein. Vierundvierzigstes Geschäftsjahr. Der Gesamtumsatz belief sich im eignen Geschäft auf M. 7 768 198, woraus sich ein Reingewinn von M. 708 452,83 ergab. Der Mitgliederbestand war 26 972. In der Bäckerei wurden 4 181 803½ kg Waren hergestellt. Die Anzahl der Laibe betrug 3 919 729. Dieser Betrieb brachte abzüglich der Unkosten einen Ertrag von M. 207 587,65. Beschäftigt werden 41 Bäcker.

Triberg. Konsumverein. Der Verein zählte am Schlusse des Geschäftsjahres 568 Mitglieder. Der Umsatz im eignen Geschäft ergab M. 150 084, der Reinertrag M. 8996,28. In der Bäckerei sind zwei Mann beschäftigt; eine Knetmaschine ist aufgestellt.

Velten i. d. M. Konsumverein. Der Verein war am Schlusse des ersten halben Geschäftsjahres 1908/1909 1352 Mitglieder stark. Der Umsatz betrug M. 178 110. Die Bäckerei ist infolge der Krise in der dortigen Dfenfabrikation etwas zurückgegangen; sie lieferte für M. 22 916,85 Brot und für M. 35 652,24 Weißgebäck.

Aus dem Innungslager.

Wozu Innungsgelder verwendet werden. Die Dsnabrücker Bäder- und Konditoreninnung scheint recht viel Draht zu haben. Wenigstens geht ihr Vorstand hin und läßt Postkarten en gros drucken, durch welche die Gehilfen vor dem Besuch von Versammlungen gewarnt werden sollen, welche von unsrer Bezirksleitung ausgehen. So ein Ding lautet:
Dsnabrück, den 26. Mai 1909.

An die Herren Bäckergehilfen des Herrn
Hierdurch zur gefl. Nachricht, daß der Vorstand der Dsnabrücker Bäder- und Konditoreninnung durch aus keine Veranlassung hat, der Einladung des Verbandsleiters Sadenwasser aus Bielefeld nachzukommen. In diesem Sinne ersuchen wir auch alle meistertreuen Bäckergehilfen, welche die Standeshöhre für das Bäderhandwerk hochhalten wollen, die am Mittwoch, 26. Mai, im „Dsnabrücker Hof“ stattfindende Verbandsversammlung auch nicht zu besuchen.
Der Vorstand.

Auch durch diese Mittelchen werden die Dsnabrücker Kollegen auf die Dauer nicht vom Wege zur Organisation abzubringen sein.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Ein lächerlicher Aufruf des Gehilfenvereins in Karlsruhe. Der Gehilfenverein von Karlsruhe hat nachstehendes Geschreibsel zum Versand gebracht:

Sehr geehrte und werthe Kollegen!
Eine allgemeine Bewegung geht gegenwärtig durch die Karlsruher Bäckergehilfenchaft. Dieselbe wird verursacht einerseits durch die kolossale Agitation des Hamburger Verbandes, andererseits durch das Selbstbewußtsein eines jeden einzelnen, so daß es unter den gegenwärtigen Umständen auf die Dauer nicht mehr weiter gehen kann. Kein Gehilfe und auch kein Meister wird bestreiten können, daß wir im Vergleich mit andern Ständen ungemein weit zurück sind.

Ueberall, wohin wir schauen, sehen wir, wie die einzelnen Berufsstände und Stände bestrebt sind, durch Zusammenschluß unter ihren Reihen diejenigen Rechte und Vorteile zu erkämpfen, zu denen sie nach ihrer Ansicht berechtigt sind. Ist das nicht ein Fingerzeig für uns Kollegen? Zusammen schließen müssen wir uns, einigen unter eine Fahne, dann werden auch unsere Verhältnisse besser werden; dann wird auch unser Stand zu dem Ansehen gelangen, das ihm von Rechtswegen zusteht. Wie aber sollen wir uns vereinigen? Auf der einen Seite lockt uns der Verband, der ja tatsächlich für Norddeutschland sehr viel für die Gehilfen erreicht hat. (sic!) Der Zweck des Verbandes ist ein sehr schöner, was auch wir anerkennen müssen; sein Ziel jedoch, das er sich gesteckt hat, ist für unser Handwerk völlig verderblich. Bekanntlich wirkt der Verband darauf hin, daß bei uns Süddeutschen noch in Blüte stehende Kleingewerbe durch Unterstützung großer Betriebe zu vernichten und aus den bis herigen kleineren Bäckereimeistern „Bäckereiarbeiter“ nach bekannter sozialdemokratischer Tendenz zu machen. Und hierzu sollen wir die Hand bieten? Nein, Kollegen, und abermals nein! Wir haben unser Handwerk sicher nicht gelernt, um uns unser ganzes Leben lang an unerfütterliche Kapitalisten zu verkaufen. Andererseits ist es der Bund handwerkstreuer Bäckergehilfen, der uns zum Beitritt einladet. Wenn wir aber die Tätigkeit desselben betrachten, wenn wir bedenken, daß der Leiter desselben kein gelernter Bäcker, sondern ein Zigarrenhändler ist, und wenn wir so oft lesen, wie der Bund von dieser und jener Innung finanziell unterstützt wird, so kommt uns unwillkürlich der Gedanke, daß der Bund eine indirekte Gründung der Meister als Kampfmittel gegen den Verband ist. Auch ihm können wir nicht das Vertrauen entgegenbringen, daß er unsere wahren Interessen nachhaltig vertritt, weshalb der Anschluß an ihn auch nicht ratsam ist. (sic!) Nun hat ein Mitglied des hiesigen Bäckergehilfenvereins vor kurzem angeregt, durch Zusammenschluß aller badischen Vereine einen badischen bzw. ober-rheinischen Bäckergehilfenverband ins Leben zu rufen, frei vom Hamburger Verband, unabhängig vom Bund und von den Meistern. Derselbe hätte einzutreten für unsere berechtigten Interessen, soweit sie sich ohne Schädigung des Handwerks verbessern lassen. Dies wäre beispielsweise: Gesetzliche Regelung unsrer Logisverhältnisse, Verbesserung der sanitären Zustände (Bad- und Waschgelegenheit), Festsetzung eines Mindestlohnsatzes, Einschränkung der Lehrlingszahl, Verbesserung der Sonntagsruhe und der Feiertage usw. Es wäre dies ein sehr reiches Arbeitsfeld; aber sicher würden wir viel erreichen, wenn wir uns zusammentun und im ganzen Lande Mann für Mann geschlossen vorgehen. Zur Deckung der Ausgaben würde ein Jahresbeitrag von M. 1 bis 2 (beim Verband M. 26) erhoben werden. Jeder Verein würde einen Vertrauensmann wählen, der Sitz und Stimme im Vorstande hätte. Diese Vertrauensleute würden von Zeit zu Zeit abwechselnd in dieser oder jener Stadt zusammentreten und über die zu unternehmenden Schritte beraten. Die Anregung des genannten Kollegen wurde in unserm Verein begeistert aufgenommen und der Vorstand beauftragt, diesen Vorschlag allen badischen Vereinen zu unterbreiten und um deren baldige Rückäußerung zu bitten. Und so fordern wir Euch auf, werthe Kollegen, vereinigt Euch! Folgt jeder werthe gewerbsmäßige Agitatoren von Hamburg, noch den nach Meistergunst lästernen Kollegen von Berlin (sic!), sondern schließt Euch zusammen unter der Parole: Hilf dir selbst! Wir sind überzeugt, daß sich zu jeder Zeit Kollegen in unsern eignen Reihen finden, die befähigt sind, allzeit einzutreten für das Wohl der Gehilfenchaft, zur Hebung unsrer Standeshöhre und zum Wohle unsrer Gesamthandwerks!

Wohlau, Kollegen, schließt Euch zusammen,
Vom Bodensee herab bis an den Main!
Der Geist der Eintracht mög uns stets umflammen.
Wohlau zum Kampf! Der Sieg muß unser sein!

Mit kollegialem Gruß
namens des Bäckergehilfenvereins Karlsruhe:
Karl Raisch, Vorstand.

Durch Zufall gelangte die Bezirksleitung zu dem vorstehenden Schreiben, welches ja nach allen Ständen Badens versandt worden ist. Bei Durchsicht der Zeilen konnten wir uns über den verzapften Widsinn des Sachens nicht erwehren. Eingesehen haben diese Leute, daß wir noch Jahrzehnte hinter andern Berufen zurück sind, und da glauben diese 40 Männchen, welche im Gehilfenberetne sind, mit der Gründung eines Süddeutschen Verbandes etwas erzielen zu können. Nicht nur in Norddeutschland haben für Tausende von Kollegen bedeutende Verbesserungen Platz gegriffen, auch im Süden sind bedeutende bessere Verhältnisse eingetreten. Wir erinnern da an die Städte Mannheim, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Homburg b. d. G., München, Rosenheim usw., welche doch alle zu Süddeutschland gehören.

Nun, wir haben die feste Ueberzeugung, sobald das neue Verbändchen, wenn es jemals in die Lage kommen sollte, eingehend für seine Forderungen Propaganda zu machen, dann sofort demselben von den Arbeitgebern auch der rote Stempel aufgedrückt wird. Schon jetzt gratulieren wir zu der Lobgeburt des ober-rheinischen Verbändchens. Die überwiegende Gesellschaft von Karlsruhe, insbesondere von Baden, wird sich mit dieser Mißgeburt nicht einverstanden erklären, sondern nach wie vor steht dieselbe auf dem Standpunkt, daß es nur einzig und allein der Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands ist, welcher den berechtigten Forderungen der Gehilfen den nötigen Nachdruck verleihen kann.

Literarisches.

Bilzpostkarten werden jetzt ferienweise mit getreuer Bielefelder bekannter Bilzsorten und ausführlichem beschreibendem Text (Standort, Wachstumszeit, besondere Kennzeichen) vom Verlag „Lebenskunst-Heiligkeit“, Berlin SW 11, herausgegeben. Der Preis der Serie (in Umschlag) beträgt 40 g, Porto 5 g. Die zweite Serie liegt uns vor. Der Text und die herbor-digende lebenswahr und farbig abgebildeten Bilzgruppen sind dem bekannten Führer für Bilzfreunde von Oberlehrer Edmund Michael mit Genehmigung des Verlags Förster & Worries, Zwickau i. S., entnommen. Es erübrigt sich deshalb, über die Güte der Ausführung noch besonders Lobenswerthes zu sagen. Bei der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bilze ist die Herausgabe dieser wohlfeilen Serien mit Freuden zu begrüßen. Wir empfehlen sie deshalb allen unsern Lesern zur eifrigsten Benutzung.